

Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität¹

Michael Brie

Die PDS ist ein relatives Erfolgsmodell in der bundesdeutschen Parteilandschaft. Es ist zudem das einzige parteipolitische Projekt aus der Zeit der Systemkrise der DDR und dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, das für sich beanspruchen kann, einen zeitlichen Bestand als machtpolitische Größe über die konkrete Ursprungssituation hinaus gehabt zu haben. Doch dem Erfolg wohnt nur selten die wichtigste Eigenschaft inne – nachhaltig und dauerhaft zu sein. Die gleichen Ursachen, die einen zeitweiligen Erfolg hervorriefen, können zu den Ursachen späterer Niederlagen und des Verschwindens einer Partei werden.

Die Bundestagswahl des Jahres 1998 verkörpert offensichtlich einen Wendepunkt in der Geschichte der PDS. Zum einen zog sie mit 5,1 Prozent in den Bundestag und wurde somit formal aufgenommen in den kleinen Klub der „etablierten“ Parteien. Die Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern wäre im gleichen Zusammenhang zu nennen. Es wurde eine Stabilisierung der PDS erreicht. Zum anderen wird damit die Frage gestellt, ob die PDS tatsächlich über jene Potenziale verfügt, um dem eigenen Erfolg dauerhaft zu entsprechen und zugleich ihre Identität als sozialistische Partei zu behaupten weiß. Der Münsteraner Parteitag signalisiert eine tiefe Krise.

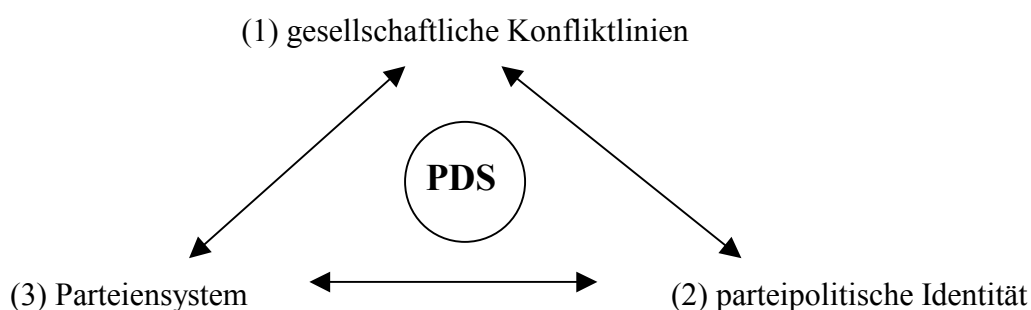
Parteien zielen auf politische Macht. Sie können dies nur, wenn sie bestimmte politische Funktionen erfüllen (ausführlich dazu Stöss 1986: 143). Dazu muss sie politischen Einfluss ausüben und zugleich ihre Identität als politischer Akteur bewahren. Sie muss zugleich in der Lage sein, (1) wirkungsvoll politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen (zumindest Entscheidungen der Wähler, auf deren Stimmen sie bei Strafe ihrer Nichtexistenz als parlamentarisch relevante Partei angewiesen ist) und (2) eine Identität auszuprägen und zu wahren, die diese spezifische Handlungsfähigkeit garantiert. Die PDS muss erst noch beweisen, dass sie langfristig wichtige Konfliktlinien der bundesdeutschen Gesellschaft artikulieren und damit verbundene Interessen wirksam repräsentieren (Einflusslogik) und zugleich eine eigenständige Identität als linkssozialistische Partei erhalten und ausprägen kann (Mitgliederlogik). In einer Publikation von 1995 war in diesem Zusammenhang von einer „möglichen Unmöglichkeit“ gesprochen worden (Brie 1995: 9). Im folgenden soll mit dem Abstand von fünf Jahren erneut die Frage gestellt werden, welche Perspektiven die PDS hat, einen Platz als sozialistische Partei in Deutschland dauerhaft einzunehmen.

Parteien bewähren sich in einem Dreieck, das aus dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Konfliktlinien, parteipolitischer Identität und Parteiensystem entsteht, oder sie vergehen (Figur 1). Um die Frage nach den Perspektiven der PDS zu beantworten, soll im folgenden auf drei Probleme näher eingegangen werden: (1) Auf welche Konfliktlinien kann sich die PDS dauerhaft beziehen? Es wird die These aufgestellt, dass innerhalb des

¹ Dieser Artikel ist aus den Diskussionen der Werkstatt „Die PDS im bundesdeutschen Parteiensystem“, einer Vielzahl von Gesprächen im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie aus einer ganzen Reihe von Vorträgen und Diskussionen mit Mitgliedern und SympathisantInnen der PDS entstanden. Vielen Kolleginnen und Kollegen wäre zu danken. Stellvertretend für andere seien Frank Berg, André Brie, Michael Chrapa, Frigga Haug, Wolfgang-Fritz Haug, Uwe-Jens Heuer, Dieter Klein, Thomas Koch, Rainer Land, Gero Neugebauer, Michael Schumann, Dietmar Wittich, Evelin Wittich und Rudolf Woderich genannt. Viele ihrer Anregungen wurden – in einer natürlich ganz durch mich zu verantwortenden Weise – in diesen Artikel aufgenommen.

Parteiensystems nach 1990 die Konfliktlinien Ost-West und soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit unterrepräsentiert waren, die die PDS zumindest in Ostdeutschland erfolgreich besetzen konnte. (2) Über welche parteipolitische Identität verfügt die PDS? Welche Chancen ergeben sich für sie daraus, die genannten Konfliktlinien zu artikulieren und sich parteipolitisch erfolgreich zu behaupten? Internes Hauptproblem der PDS scheint zu sein, dass ihre Heterogenität nach der „Überlebensschlacht“ von 1989 bis 1994 keine ideologische und strategische Bündelung in einem neuen Projekt erfuhr. (3) Welchen Platz kann die PDS dauerhaft im bundesdeutschen Parteiensystem einnehmen? Diese Frage stellt sich unterschiedlich für Ostdeutschland und Westdeutschland sowie als Bundespartei. Zugleich bedarf es eines übergreifenden Organisationsziels. Es kann, so die These, nur in der Ausprägung des Charakters der PDS als linkssozialistischer Oppositionspartei in Deutschland bestehen.

Grafik 1: Die PDS im Dreieck unterschiedlicher Erfordernisse



1. **Gesellschaftliche Konfliktlinien und das bundesdeutsche Parteiensystem: Die Vertretungslücke Ost und die Vertretungslücke Gerechtigkeit**

Es gibt in einer Gesellschaft immer nur einige wenige grundlegende Konfliktlinien, die geeignet sind, durch Parteien erfolgreich politisch artikuliert zu werden (Lipset/Rokkan 1967: 6). Diese Konfliktlinien sind historisch weitgehend vorgegeben und werden zugleich erst durch ihre Artikulation politisch bedeutungsvoll. Parteien können sie verstärken oder abschwächen. Sie stehen dabei in Konkurrenz oder Kooperation mit anderen Parteien. Sie können dabei auch innovativ werden und versuchen, neue Konfliktlinien mit dem Ziel eigener Profilierung aufzugreifen und ihnen dabei zur politischen Wirkungsmacht verhelfen.

Die Chancen für die parteipolitische Artikulation gesellschaftlicher Konfliktlinien sind zum einen in der Struktur des bisherigen Parteiensystems begründet: Welche Konfliktlinien werden schon zum Ausdruck gebracht und welche sind parteipolitisch nicht- oder unterrepräsentiert? Zum anderen hängt dies von der eigenen parteipolitischen Identität ab: Welche gesellschaftlichen Konfliktlinien kann eine Partei überhaupt parteipolitisch aufgreifen, ohne dabei ihre Identität aufzugeben und den Rückhalt durch die eigenen Mitglieder und vor allem die Aktivistinnen einer Partei zu verlieren sowie jede Glaubwürdigkeit zu verlieren?

Betrachtet man, welche Konfliktlinien durch das bundesdeutsche Parteiensystem vor dem Beitritt der DDR und Ende der 90er Jahre artikuliert werden, so sind vor allem zwei grundsätzliche Divergenzen hervorzuheben: Das Auftauchen der Konfliktlinie Ost-West und die Rückkehr der Konfliktlinie soziale Gerechtigkeit vs. Markt in das Zentrum

parteilichter Artikulation. Beides muss, gemessen an den Prognosen von 1990 bis 1992, als eher unerwartet angesehen werden.

Den genannten Prognosen lagen zwei Grundannahmen zugrunde. Zum einen wurde zumindest implizit davon ausgegangen, dass die Konfliktlinie Ost-West keine dauerhafte Bedeutung in der bundesdeutschen Gesellschaft haben würde. Zum anderen wurde angenommen, dass die Konfliktlinien der Bundesrepublik der achtziger Jahre sich in den neunziger Jahren nicht wesentlich verändern würden. Durch den Beitritt als Form der Vereinigung sollte jede größere Differenz zwischen Ost und West besonders schnell überwunden und die Frage sozialer Gerechtigkeit durch Übertragung des Modells Deutschland auf die neuen Länder sofort entschärft werden. Die Vereinigung schien als Prozess gestaltbar, in dem es nur Gewinner gibt.² Die Erfahrungen von vierzig Jahren Bundesrepublik wurden linear extrapoliert. Beide genannten Annahmen haben sich als falsch erwiesen. Binnen kurzer Zeit war das Parteiensystem gleichermaßen mit einer Vertretungslücke Ost und einer Gerechtigkeitslücke konfrontiert, die gravierende Auswirkungen auf dieses System haben sollten, ohne es aber qualitativ in Frage zu stellen.

1.1. Die Vertretungslücke Ost

Die Annahme, dass die Vereinigung durch Beitritt mit ihrem massiven Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfer kurzfristig zu einer Angleichung Ostdeutschlands führen würde, hat sich als falsch erwiesen. Die Ost-West-Differenz innerhalb Deutschlands ist auf Dauer gestellt. Die durch die Währungsunion von einem Tag auf den anderen erfolgte Öffnung gegenüber dem Weltmarkt, verbunden mit einer Aufwertung der Währung um das dreifache sowie eine daran sich anschließende zusätzliche Verdopplung der Lohnkosten legte als „Öffnungsschock“ (Hüther) kurzfristig fast die gesamte Industrie still. Die externe Implementation westdeutscher Institutionen durch westdeutsche Akteure führte dazu, dass die Fähigkeiten und Orientierungen endogener Akteure diskriminiert wurden. Im Ergebnis entstanden zwei Teilgesellschaften, die sich durch eine unterschiedene Wirtschafts- und Sozialstruktur auszeichnen und auch eigene politische und kulturelle Muster besitzen (ausführlich dazu Brie 1999).

Durch die Koexistenz zweier distinkter Teilgesellschaften wird der Konflikt zwischen Ost und West in Deutschland auf eine relative Dauer gestellt. Auch nach 2004 wird ein umfangreicher Finanztransfer notwendig sein. Die Angleichung der Löhne und Gehälter wird selbst im öffentlichen Dienst kaum vor Ende dieses Jahrzehnts erfolgen. Die Lebensbedingungen werden langfristig unterschieden sein. Wichtiger aber ist, dass die entstandene Wirtschaftsstruktur eine Transferökonomie darstellt, in der jene Bereiche vorherrschen, die sich nicht der internationalen Konkurrenz stellen, sondern sich auf die weitgehend durch den Transfer bestimmte regionale Nachfrage konzentrieren und von dieser strukturell abhängig sind (Dietrich et al. 1998). Während die westdeutsche Wirtschaft gegenwärtig durch eine Konjunktur geprägt ist, nimmt die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sogar wieder zu. Die soziale Struktur Ostdeutschlands ist durch Abhängigkeit von Transfers und eine sehr hohe dauerhafte Unterbeschäftigung charakterisiert.

Die Dauerhaftigkeit der Differenz zwischen Ost und West hat Konsequenzen für das Parteiensystem. 1990 hatten die westdeutschen Parteien eine Art Stellvertreteranspruch für die

² Helmut Kohl betonte in seiner Regierungserklärung zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR: „Den Deutschen in der DDR kann ich sagen ...: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser. Für die Deutschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird auf etwas verzichten müssen. Es geht darum, einen Teil dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Landsleuten in der DDR als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen.“ (Kohl 1992: 178)

Interessen der Ostdeutschen übernommen. Die Wahl zur Volkskammer der DDR vom 18. März 1990 war vom Standpunkt der Wähler primär eine Wahl westdeutscher Parteien in Gestalt ihrer ostdeutschen Außenstellen. Nur die westdeutschen Parteien (und insbesondere die CDU) schienen über die Ressourcen, Lösungskompetenz und Vertrauenswürdigkeit zu verfügen, um die Existenzkrise der DDR durch Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland zu lösen. Im Frühling 1990 wurde von der Bevölkerung der DDR bewusst die Nichtrepräsentanz ostdeutscher Akteure im neuen Parteiensystem präferiert. Damit war aber auch die Schwäche der Vertretung der ostdeutschen Interessen bei der konkreten Ausgestaltung des Beitritts vorprogrammiert. Die politische Avantgarde der Wende erhielt mit Bündnis 90, den Grünen und dem Unabhängigen Frauenverband zusammen nur 4,9 Prozent, die PDS 16,4 Prozent der Stimmen.

In den Jahren zwischen 1990 und 1992 wurde deutlich, dass es trotz oder wegen der Wahl des Beitritts als Form der Vereinigung zu einer relativ stabilen Ost-West-Konfliktlinie innerhalb der Bundesrepublik gekommen war, für die es keine adäquaten institutionellen Lösungsformen innerhalb des föderalen, intermediären und Parteiensystems gab. Es entstand eine „Vertretungslücke“ und die Gefahr, dass das „Zusammenwachsen“ aus institutionellen Gründen nicht gelingen würde, da „die Ostdeutschen sich in keiner der Institutionen und Organisationen des bundesdeutschen politischen Systems angemessen vertreten fühlen können“ (Abromeit 1993: 281).³

In den letzten zehn Jahren wurden unterhalb der Verfassungsebene eine Reihe von formellen und informellen Arrangements getroffen, um diese Vertretungslücke zu schließen. Ein Beispiel sind dafür die Verhandlungen zum Solidarpaket 1 und jetzt zu seiner Fortsetzung⁴. Innerhalb des Parteiensystems wurde der Ost-West-Konflikt zum einen durch eine spezifische Föderalisierung der westdeutsch dominierten Bundesparteien sowie zum anderen durch die PDS bearbeitet.

CDU wie SPD kamen bei der Bearbeitung des Ost-West-Konflikts zu relativ unterschiedlichen Ergebnissen. Rückblickend haben sich bei der CDU westdeutsche Politiker als „Landesväter“ durchgesetzt und in Sachsen und Thüringen absolute Mehrheiten erreicht. Die SPD wird in den ostdeutschen Ländern auch weiterhin durch ostdeutsche Politiker geführt und regiert mit relativer Mehrheit durch PDS-Tolerierung (Sachsen-Anhalt), in Koalition mit der PDS (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. in Koalition mit der CDU (Brandenburg). Dies allein zeigt die hohe Flexibilität des bundesdeutschen Parteiensystems und seine Fähigkeit zur Anpassung an gravierend veränderte Bedingungen.⁵ F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen dagegen verloren zunehmend die Unterstützung durch die Wähler in den neuen Bundesländern und wurden marginalisiert.

In den neuen Bundesländern entstand, abweichend von den alten Bundesländern, ein System dreier großer Parteien. Trotz ihrer bundesdeutschen Stärke und relativ erfolgreicher flexibler Anpassungsstrategien konnten CDU und SPD aber die Festigung der PDS als „dritter“ und

³ Ein Überblick zu den verschiedenen Formen der Bearbeitung dieser „Vertretungslücke“ mit dem Stand des Jahres 1994 wird gegeben in Brie (1994).

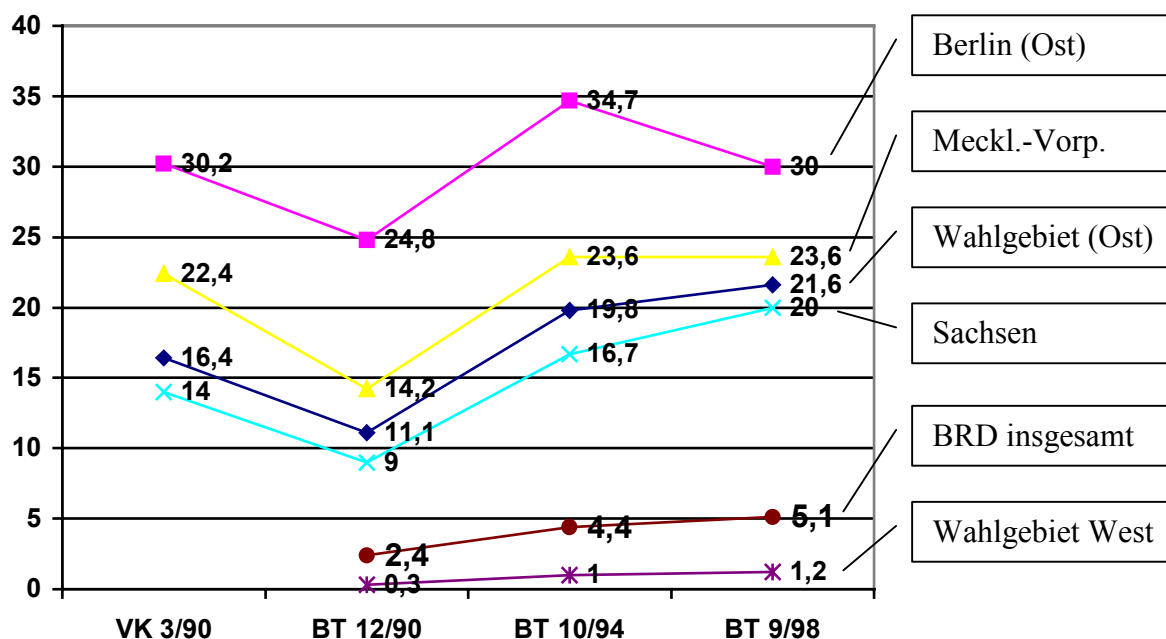
⁴ Die Einigung über das föderale Konsolidierungsprogramm von 1993 erfolgt weitgehend durch informelle Aushandlungsprozesse, die gegenüber „störenden Außeneinflüssen“ insbesondere der Parteien immunisiert waren. Wie Czada formuliert: „Die Informalisierung des Verfahrens ermöglichte eine Problemlösung, die bei strikter Orientierung an der Legalordnung diese Ordnung selbst zur Disposition gestellt hätte. So aber konnte die Frage der institutionellen Reform ausgeklammert bleiben, weil sich die Akteure außerhalb der normalen administrativen und parlamentarischen Verfahren einigten und ex post die Formalstruktur der Willensbildung lediglich instrumentell als Vollzugsrahmen einsetzten.“ (Czada 1995: 96) Damit sei die Prognose eines institutionellen Reformdrucks widerlegt worden.

⁵ Eine zusammenfassende Darstellung für die Zeit bis 1996 wird gegeben in Kaase et al. 1996.

jetzt sogar „zweiter“ Kraft in Ostdeutschland nicht verhindern.⁶ Umgekehrt konnte diese sich aber auch nicht zu der einen dominanten Ostpartei entwickeln. Sie ist auch in absehbarer Zeit in Ostdeutschland nicht mehrheitsfähig.

1991 schien das Schicksal der PDS besiegelt. Hatte sie im März 1990 noch 16,9 Prozent der Stimmen in der DDR bekommen, so waren es bei der Bundestagswahl vom Dezember 1990 nur noch 11,1 Prozent. Sie kam in Ostdeutschland damit hinter der FDP auf Rang 4. Bei Umfragen gaben ihr im Dezember 1991 nur noch 5 Prozent der Ostdeutschen die Stimme. Das Schicksal der PDS schien eindeutig besiegelt.⁷ Dies änderte sich ab 1992. Dabei sind m. E. zwei Phasen zu unterscheiden – zum einen eine Periode bis 1994/95, in der die PDS vor allem von der Reaktion der Bevölkerung auf die Folgen des Beitritts profitierte und im besonderen Maße Protest artikulieren sollte, und der Zeit nach 1995, in der die Wahl der PDS in Ostdeutschland zunehmend mit der Erwartung verbunden wird, Interessen der Wähler innerhalb des politischen Systems wirksam Geltung zu verschaffen. Während es in der ersten Periode relativ schnell gelang, Werte vergleichbar denen der Volkskammerwahlen vom März 1990 zu erreichen, waren die Anstiege im folgenden eher graduell und von Rückschlägen (auf weiterhin hohem Niveau) begleitet (Grafik 2). Im Westen blieb der Anstieg gering, war aber entscheidend, um die PDS 1998 über die 5-Prozent-Hürde zu bringen. Ergebnisse auf der Ebene der Länder und Kommunen würden dieses Bild weiter präzisieren.

Grafik 2: Ausgewählte Wahlergebnisse der PDS bei Wahlen zur Volkskammer (VK) bzw. zum Bundestag (BT) zwischen 1990 und 1998



⁶ Die Zahl der PDS-Wähler des Jahres 1999 war in den neuen Bundesländern insgesamt höher als die der SPD.

⁷ „Der Partei steht die Zerreißprobe noch bevor. Der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag 1994 gilt als ausgeschlossen. Mit einem gesamtdeutschen Wählerpotential von 1 bis 2 Prozent ist die PDS auf dem Wege der politischen Bedeutungslosigkeit.“ (Bortfeldt 1992: 295) „Die PDS, die von der lähmenden ‚DDR-Nostalgie‘-Stimmung ihrer veralteten Mitgliedschaft beherrscht wird, ist endgültig an ihrem immer wieder bekräftigten Vorsatz gescheitert, eine interne Erneuerung durchzuführen und hat somit auch ihre Integrationsbemühungen innerhalb des demokratischen politischen Spektrums verspielt. Die Partei scheint uns dem Untergang geweiht.“ (Moreau 1992: 459)

Es waren vor allem zwei Gründe, die die erneute Hinwendung von Wählern zur PDS nach 1991 bedingten. Zum einen fand die verbreitete Frustration über die Vereinigungskrise, die soziale und kulturelle Abwertung der Ostdeutschen innerhalb des durch die westdeutschen Parteien dominierten Systems keine Repräsentanz außerhalb der PDS. Es gab keine andere „Ostpartei“. Die scharfe Wahrnehmung der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die nachträgliche Aufwertung der DDR als Kontrast gegenüber den Beitrittsfolgen und Wahlunterstützung für die PDS bedingten sich zumindest zeitlich.⁸ Die PDS fing einen bestimmten Teil des kritischen Potentials auf und integrierte es durch Repräsentanz innerhalb des politischen Systems. Nach Umfragen von *Infratest dimap* im Oktober 1999 wird die Entscheidung für die PDS bei Wahlen vor allem durch ihre Fähigkeit bedingt, dass ostdeutsche Probleme ernster genommen werden (91 Prozent der PDS-Wähler im Osten). Weitere Gründe der Wähler in Ost und West waren: durch PDS Erneuerung in der Bundesrepublik (85 Prozent), Enttäuschung über andere Parteien (75 Prozent), PDS kümmere sich um die Probleme des Wählers (52 Prozent), Ziel sozialistischer Gesellschaft sei erstrebenswert (41 Prozent), der Befragte fühle sich durch die Vereinigung benachteiligt (31 Prozent). Ideologische Gründe im engeren Sinne sind also eher tertiär.

Ein weiterer Grund für die Stabilisierung der PDS war ihre starke Verankerung im politisch-kulturellen Milieu der Dienstklasse der DDR. Die soziale Ausgrenzung und massive symbolische Abwertung dieser Gruppe von rd. einem Fünftel der erwachsenen DDR-Bürger im Gefolge der Vereinigung, das Ausbleiben von Integrationsangeboten durch die anderen Parteien (die bis Ende der neunziger Jahre gesamtdeutsch auf ihrem antikommunistischen Grundkonsens beharrten und durch die These von den „zwei deutschen Diktaturen“ DDR und Nationalsozialismus faktisch gleichsetzten) vereinten diese Gruppe von außen. Von innen kamen starke gemeinsame Erfahrungen, gemeinsam geteilte Deutungsmuster und eine zumindest lokal durchaus weiterhin in Teilen intakte Kommunikationsstruktur.

Die PDS konnte seit 1992 gleichermaßen eine Funktion der Repräsentanz des Ost-West-Konflikts insgesamt erfüllen (ihr wird durch die gesamte Bevölkerung die besonderen Kompetenz der Vertretung ostdeutscher Interessen zugesprochen) und Positionen der Dienstklasse der DDR artikulieren. Da sie beide Funktionen nur zugleich wahrnehmen konnte, konnte sie weder zu einer Ostpartei „an sich“ werden noch reine Kaderpartei bleiben. Ihre Herkunft aus der SED ließ sie für viele Wähler in Ostdeutschland prinzipiell nicht wählbar erscheinen, ihre Wählbarkeit für viele Bürgerinnen und Bürger über die Dienstklasse der DDR hinaus war zugleich die Bedingung ihrer Fortexistenz als politisches Medium dieser Dienstklasse innerhalb der neuen Gesellschaft.

1.2. Die Gerechtigkeitslücke

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erzeugte in seinen Folgen die Konfliktlinie Ost-West, die vor allem als Gerechtigkeitslücke wahrgenommen wurde, obwohl er zumindest im gleichen Maße um Anerkennung geführt wird. Dies war vor allem dadurch bedingt, dass der Beitritt zwangsläufig zu einer umfassenden Abwertung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Ostdeutschen führen musste. Was im Vergleich zu den ostmitteleuropäischen Staaten als privilegierter Sonderfall und als kollektiver Aufstieg der Ostdeutschen zu einer höheren Etage der Weltgesellschaft erschien, erschien innerhalb der gesamtdeutschen Gesellschaft als kollektiver Abstieg.

⁸ Waren Ende 1990 rd. 60 Prozent optimistisch bezüglich der wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands, so waren es Ende 1992 nur noch 20 Prozent (FGW-Politbarometer). Hatte 1990 nur knapp 50 Prozent auch gute Seiten an der DDR betont, so waren es im September 1992 95 Prozent. Hervorgehoben wurden vor allem soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit und geringe Kriminalität (nach Neugebauer/Stöss 1996: 195).

Der Beitritt schuf das Paradoxon eines absoluten Aufstiegs, der sich als relativer Abstieg erwies. Die Ostdeutschen, so schien es ihnen verbreitet im Nachhinein, waren eine Treppe hinaufgestiegen, die hinunterführt in das Souterrain der bundesdeutschen Gesellschaft. Beträchtliche individuelle Wohlfahrtszuwächse erweisen sich als kollektive Wohlfahrtsrückstände und werden auch in dieser Differenziertheit bewertet. Die enormen sozialstaatlichen Leistungen des West-Ost-Transfers wurden an der durch die Anschlussbefürworter selbst gesetzten Latte der „Angleichung“ gemessen und als zu gering bewertet.

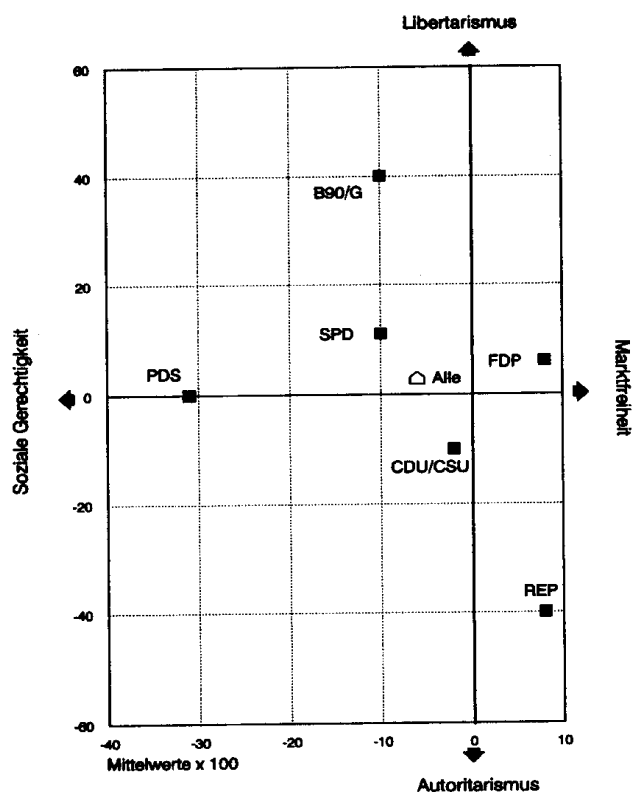
Die Wahrnehmung einer „Gerechtigkeitslücke“ des Beitritts wurde durch die Erfahrung eines „Demokratiedefizits“ ergänzt. Der von den Ostdeutschen mit großer Mehrheit demokratisch befürwortete Beitritt und der damit zwangsläufig einhergehende Transfer westdeutscher Institutionen und Eliten nach Ostdeutschland erzeugte das Phänomen der Fremdsteuerung. Außerdem erwiesen sich die westdeutschen institutionellen Lösungen in vieler Hinsicht als inadäquat. Beides zusammen erscheint nicht als Versagen von Demokratie, wohl aber der Leistungsfähigkeit wie aber auch der institutionellen Ausgestaltung der bundesdeutschen Demokratie.

Aus der Wahrnehmung der Gerechtigkeitslücke und der Demokratiedefizite des Beitritts erwuchs die Tatsache, dass der Ost-West-Konflikt durch die ostdeutsche Bevölkerung als Konflikt (ostdeutscher) sozialer Gerechtigkeit vs. (westdeutscher) Marktfreiheit sowie eher direkter Demokratie vs. repräsentativer Demokratie wahrgenommen wurde. In einer Situation, wo marktliberale Regelungen eindeutig westdeutsche Akteure wirtschaftlich und sozial privilegieren, wo der Staat und öffentliche Governancesysteme (so sie überhaupt vorhanden waren) dabei versagten, die Bedingungen für einen „fairen“ Wettbewerb zu schaffen und Strukturen von Ungleichheit und Abhängigkeit verfestigten, erhielt der Ost-West-Konflikt eine weit über sich selbst hinausweisende Dimension und revitalisierte den Konflikt sozialer vs. liberaler Demokratie in einem fast vergessenen Sinne.

Das bundesdeutsche Parteiensystem war auf diese Wiederbelebung der alten sozialen Frage als politisch relevanter Konfliktlinie nicht vorbereitet. Die Parteien des „Modells Deutschland“ hatten sich nach der Stillstellung des sozialen Konflikts und dem Bruch der späten sechziger Jahre auf die Konfliktlinie libertärer vs. eher autoritärer Politik konzentriert. Themen libertärer Politik waren Ökologie, Feminismus, Abrüstung, Dezentralisierung, Pluralisierung, Selbstbestimmung und Pluralität, während autoritäre Politik dagegen Hierarchie, Paternalismus, Gemeinschaft, wirtschaftliche Größe und Fremdenfeindlichkeit thematisiert (vgl. Kitschelt 1992). Gegenüber dieser Konfliktlinie war der Gegensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit in den Hintergrund getreten.

Umfangreiche empirische Untersuchungen der Wertorientierungen der Wähler einzelner Parteien (vgl. Grafik 3), wie sie Mitte der neunziger Jahre durchgeführt wurden, kommen zu dem Ergebnis, dass der Parteienwettbewerb durch die Achse Autoritarismus vs. Liberalismus dominiert wurde (Neugebauer/Stöss 1996: 278 f.). Die sozioökonomische Achse war zu einem „Nebenkonflikt“ geworden.

Grafik 3: Parteianhänger nach Wertorientierung 1994 (Bundesrepublik insgesamt) (Neugebauer/Stöss 1996: 278)

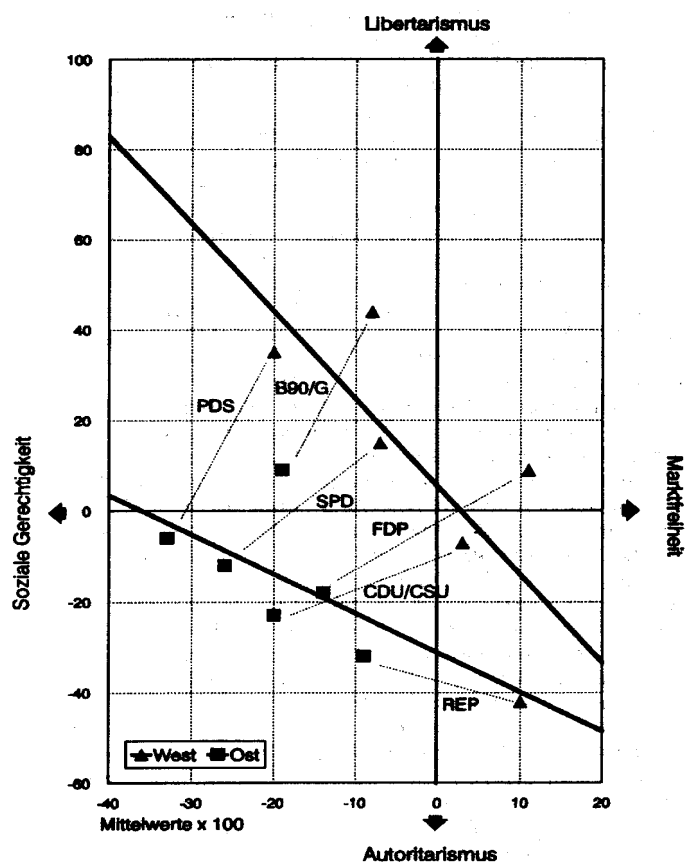


Die PDS stellte sich zu diesem Zeitpunkt als Außenseiter innerhalb des gesamtdeutschen Parteiensystems dar und differenzierte es ausschließlich entlang der sozioökonomischen Konfliktachse. Wie Neugebauer und Stöss formulieren: „Sie ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit schlechthin. Sie repräsentiert fast monopolistisch einen fundamentalen Wert, der im Zuge des sozialen Wandels und der Veränderung der Konfliktstruktur des bundesdeutschen Parteiensystems offenbar sträflich vernachlässigt wird.“ (Neugebauer/Stöss 1996: 279) Die PDS konnte zu diesem Zeitpunkt ein Angebot bereitstellen, für das es offensichtlich eine Marktlücke gab. Sie erfüllte damit eine wesentliche Funktion innerhalb des politischen Systems.

Die enge Überlagerung der Rolle der PDS als exponierter Repräsentant des Ost-West-Konflikt und zugleich der sozioökonomischen Konfliktlinie wird deutlich, wenn die Parteianhänger nach Wertorientierungen im Ost-West-Vergleich unterschieden werden (Grafik 4). Erstens zeigt sich, dass die Hauptachse des ostdeutschen im Unterschied zur Hauptachse des westdeutschen Parteienwettbewerbs deutlich zugunsten der sozioökonomischen Konfliktachse verschoben war. Sie nahm damit Verschiebungen voraus, die in Westdeutschland erst Ende der neunziger Jahre offensichtlich werden sollten. Ostdeutschland stellte in dieser Hinsicht „nachholend“ zugleich „Zukünftiges“ dar. Zweitens verliert die PDS, betrachtet man sie innerhalb des ostdeutschen Systems, ihre Sonderrolle. Sie stand zwar deutlich am sozialen und auch (relativ) am libertärsten Pol des Systems, doch war die Nähe ihrer Anhänger zu denen der anderen Parteien (sieht man von den Republikanern ab) mindestens genauso groß oder größer als die Nähe der Wähler Ost jeder einzelnen Partei zu ihren eigenen Wählern West. Dies galt auch für die PDS selbst. Drittens zeigt sich, dass die PDS durch ihre fast ausschließlich ostdeutsche Verankerung wesentliche Probleme des gesamtdeutschen Parteiensystems zum Zeitpunkt der Mitte der neunziger Jahre nicht abbildete. Dies gilt insbesondere für libertäre Wertorientierungen.

Die Thematisierung von Gerechtigkeit ausgehend von der Konfliktachse Ost-West durch die PDS hat ihre Wählerschaft in den neuen Bundesländern weit über eine „sozialistisch“ motivierte Wählerschaft im engen Sinne hinaus erweitert. In den alten Bundesländern dagegen ist diese enge Verbindung von Gerechtigkeit und Ost-West-Konflikt in Deutschland einer der entscheidenden Gründe dafür, dass die PDS bisher eine marginale Partei geblieben ist. Bisher ist es ihr nur in der Frage des Jugoslawienkrieges der NATO wirklich gelungen, als gesamtdeutsche Partei öffentlich in Erscheinung zu treten. Gleichzeitig weist der überproportionale Anteil von Arbeitslosen unter den Wählern der PDS im Westen sowie des bundesweite Image der PDS, sie stelle das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt, darauf hin, dass erste Ansätze entstanden sind, die Konfliktlinie Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit innerhalb des bundesdeutschen Parteiensystems entscheidend mitzupräsentieren.

Grafik 4: Parteianhänger nach Wertorientierungen 1994 (West-Ost-Vergleich, mit Trends) (Neugebauer/Stöss 1996: 282)



Seit Mitte der neunziger Jahre haben sich die Wahrnehmungen von Konflikten innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft verändert. Die Wahrnehmung sozialer Gegensätze hat sich dramatisch verschärft. Waren es 1993 nur 36 Prozent der Westdeutschen die den Gegensatz von Arm und Reich und 50 Prozent die den Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als relevant für Deutschland ansahen, so waren es 1996 80 bzw. 77 Prozent. In Ostdeutschland erhöhte sich der Wert von 58 bzw. 66 auf 88 bzw. 86 Prozent (Tabelle 1). Gegenüber der Auseinandersetzung zwischen libertären und autoritären Werten ist die sozioökonomische Konfliktlinie immer stärker in den Vordergrund getreten. Die Probleme der Gesellschaft werden zunehmend unter dem Kategorienpaar gerecht/ungerecht wahrgenommen. Zugleich hat sich die quer zu den Anhängern aller Parteien (mit Ausnahme der Anhänger der F.D.P.) die Orientierung auf Gerechtigkeit verstärkt (Chapa 2000a).

Tabelle xxx: Subjektive Wahrnehmungen von Konflikten in Deutschland⁹

(Angaben in Prozent, gerundet. Konfliktwahrnehmung = Sehr stark + Stark)

Wahrgenommene Konflikte zwischen ...	Bundesgebiet Ost			Bundesgebiet West		
	Zeitpunkt			Zeitpunkt		
	1993	2/ 1996	11/ 1996	1993	2/ 1996	11/ 1996
„Arm“-„Reich“	58	86	88	36	75	80
„Arbeitgebern“-„Arbeitnehmern“	66	80	86	50	71	77
„Ost“-„West“	60	74	79	50	62	63
„Ausländern“-„Deutsche“ („Asylbewerbern“-„Deutsche“)	(75)	78	77	(84)	71	77
„Links“-„Rechts“	70	71	67	66	60	57
„Jung“-„Alt“	20	32	31	20	36	36
„Männern“-„Frauen“	10	36	30	14	33	35

Um regierungsfähig zu werden, haben die SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen sich auf der sozioökonomischen Konfliktlinie weit nach rechts bewegt und befinden sich in unmittelbarer Nähe zur CDU/CSU. Edmund Stoiber bringt dies auf den Punkt, wenn er bezogen auf den SPD-Bundeskanzler sagt: „Schröder hat mit dem Kapitalismus seinen Frieden geschlossen“. Dies sei „ein Wandel, als ob die Union plötzlich für die Abtreibung einträte“ (*Berliner Zeitung*, 5. April 2000, S. 1). Von den Unionsparteien selbst wird nunmehr der „soziale Pol“ der sozioökonomischen Konfliktlinie verstärkt zur Geltung gebracht.

Die Strategie der SPD ist insofern riskant (für sie aber mittlerweile auch fast alternativlos), weil sie eine große Vertretungslücke schafft und die Kluft zwischen den Positionen der Eliten und denen der breiten Bevölkerung vergrößert. Ihr Erfolg ist zum einen daran gebunden, Gewerkschaften wie Unternehmerverbände gezielt einzubinden (*Bündnis für Arbeit*), und zum anderen verlangt sie, die Übernahme des zwangsläufig sich trotzdem bildenden Mangels der Vertretung sozialer Gerechtigkeit durch die PDS oder andere Parteien (auch rechtsnationalistische) zu blockieren. Will sie eine große Koalition vermeiden, muss sie mittelfristig zudem die F.D.P. auf Kooperationskurs bekommen. Im folgenden soll vor allem das Problem eines „linken Vakuums“ näher betrachtet werden (vgl. auf der Basis der Analyse

⁹ Michael Chrapa/Dietmar Wittich: Projekt Gesellschaftskritische Potenziale. 1996-98. Halle/Berlin 1998

von Wahlprogrammen Andrea Volkens in diesem Band), wie es durch die Rechtsbewegung der SPD, endgültig manifestiert durch den Rücktritt Lafontaines, aufgetaucht ist.

Die Unterrepräsentanz von Positionen sozialer Gerechtigkeit durch die SPD und die Grünen dürfte sich als langfristig erweisen. Sie ist der Preis der Regierungsfähigkeit unter den spezifisch deutschen Bedingungen und Machtverhältnissen. Die SPD sieht sich vor die Herausforderung gestellt, neoliberale Strukturreformen, die unter der konservativen Regierung Kohl ausblieben, im Rahmen einer Strategie der Neuen Mitte nachzuholen und zugleich in integrierende und stabilisierende Konsensgefüge einzubauen. Sie hat die außerordentlich anspruchsvolle Doppelstrategie der Gleichzeitigkeit von nachholender Durchführung einer neoliberalen „Revolution“ von oben und ihrer sozialdemokratischen Eindämmung gewählt.

Die damit verbundene Politik eröffnete 1999 eine weitere Vertretungslücke gesellschaftlicher Konfliktlinien im Parteiensystem – der Ablehnung von kriegerischen Mitteln. Der Krieg gegen Jugoslawien wurde zumindest in der Art und Weise, wie er durch die NATO geführt wurde, durch einen größeren Teil der Bevölkerung abgelehnt. Es war, so Dietmar Wittich, „keine Mehrheit der Gegnerschaft, es war eine Verweigerung der Akzeptanz“ (Wittich 1999: 143). Die deutsche Kriegsbeteiligung wurde nur bei der Wählerschaft von CDU/CSU und FDP mehrheitlich unterstützt, erhielt aber bei jenen, die 1998 SPD und Grüne gewählt hatten, keine Zustimmung. Erst die Zukunft wird zeigen, welche Relevanz diese Konfliktlinie für die weitere Ausformung des Parteiensystems haben kann. Auf jeden Fall erhöht sie die Instabilität auf dem Mitte-Links-Feld dieses Systems.

Die Unterrepräsentanz linker Positionen ist für die SPD nur dann ein Problem, wenn Konkurrenten die damit verbundenen Chancen wahrnehmen können. Bis in die achtziger Jahre war dies durch einen antikommunistischen Grundkonsens blockiert, der durch die Grünen mit linkslibertären Positionen aufgebrochen wurde. Linkssozialistische Positionen auf der sozioökonomischen Konfliktachse dagegen hatten keine Möglichkeit der eigenständigen und parteipolitisch erfolgreichen Vertretung. Auch heute noch ist die Zahl der westdeutschen Wähler, die Parteien links von der SPD wählen, gering. Bei den Bundestagswahlen 1998 haben in den alten Bundesländern nur 1,2 Prozent die PDS gewählt.

Da es der SPD aber nach 1990 nicht gelang, die PDS in Ostdeutschland schnell zu marginalisieren, da die PDS noch über längere Zeit (zumindest ein Jahrzehnt) über eine große Gruppe stabiler Stammwähler verfügen wird, da der Ost-West-Konflikt auf absehbare Zeit das Wahlverhalten in Ostdeutschland prägen wird, und da die SPD wie auch die Grünen bestimmte linke Positionen dauerhaft geräumt haben und nicht beliebig wiederbesetzen können („Gerechtigkeitslücke“), ist eine Situation entstanden, in der in einem längeren Prozess die PDS ein historisches Fenster besitzt, um sich als (kleinere) linkssozialistische Partei auch in den alten Bundesländern zu etablieren.¹⁰ Im Verhältnis zu vielen anderen westeuropäischen Ländern wie aber auch zu Mittelosteuropa wäre dies eine „Normalisierung“ der deutschen Situation. Ob die PDS diese Möglichkeit nutzen kann, ist dagegen offen (siehe dazu weiter unten). Es ist keinesfalls selbstverständlich, dass der Nachfrage nach

¹⁰ Volker Rühle schreibt dazu: „Aber weder die SPD noch die Grünen können in der jetzigen Regierungsverantwortung in eine programmatische Ausgangsposition zurück, die stärker im linken Spektrum angesiedelt ist und mit der Wähler zurückgeholt werden können. Deshalb hat die PDS tatsächlich historisch eine Chance, in die hinterlassene linke Marktlücke einzudringen. Sie wird auch in Zukunft eine Größe sein, auf die man sich einstellen muss.“ (*Die Welt*, 30.10.1999)

linkssozialistischen Positionen, die auf bis über 10 Prozent geschätzt werden¹¹, auch ein Angebot seitens der PDS gegenüber gestellt werden kann, dass diese Nachfrage „befriedigt“.

Betrachtet man also die politisch relevanten Konfliktachsen der Bundesrepublik und das gegebene Parteiensystem, so spricht vieles dafür, dass die PDS erstens auch in den nächsten zehn Jahren stabil als ostdeutsche Partei existieren wird und die Ost-West-Konflikt in besonderer Weise artikulieren und repräsentieren wird. Zweitens ist durch die wachsende Bedeutung der sozioökonomischen Konfliktachse sowie die „Zentrierung“ der SPD sowie der Grünen bezogen auf diese Achse über die Vertretungslücke Ost hinaus eine Vertretungslücke „soziale Gerechtigkeit“ entstanden, die mangels anderer Kandidaten durch die PDS besetzt werden könnte. Genau auf diesem Feld vermochte die PDS bei Umfragen auch im Westen Deutschlands der SPD in ihren Kompetenzwerten gefährlich nahe kommen (Infratest dimap 1999: 8). Ihr Zuspruch bei Arbeitslosen und bei Jugendlichen ist im Westen überproportional hoch.

Bisher ist es der PDS aber nicht gelungen, relevante Wählerkreise in den alten Bundesländern davon zu überzeugen, dass sie es vermag, die Gerechtigkeitslücke in der Bundesrepublik nicht nur zu artikulieren, sondern auch ausgehend von den Interessen der Wähler „vor Ort“ auch wirksam zu repräsentieren. Die PDS hat zwar bei nicht wenigen das Image als Partei der Gerechtigkeit gewonnen, zugleich aber keinen nennenswerten Anstieg der Wählerunterstützung erhalten. Ihr wesentlich stärkeres Image als Ostpartei wirkt dem entgegen. In den alten Bundesländern ist sie weiterhin geistig, politisch und sozial ein Fremdkörper. Zudem kann sie nicht (wie die westlich dominierten anderen Bundesparteien Anfang der neunziger Jahre im Osten) mit starken bundespolitischen Einflussressourcen imponieren. Vor allem aber hat sie bis heute keine überzeugenden „Westflügel“, der in den alten Bundesländern verankert ist und die Sprache jener Gruppen der Bevölkerung sprechen würde, die von der Gerechtigkeitslücke im besonderen Maße betroffen sind. In den Diskursen der Bundesrepublik als Ganzer ist die PDS bisher nur marginal vertreten.

Die „sozialistische“ Artikulation der Konfliktlinie Ost-West als Gerechtigkeitslücke hatte die PDS Mitte der neunziger Jahre in die komfortable Situation des Igels in jenem bekannten Märchen gebracht, der in Furche Gerechtigkeit saß, bevor die Hasen der anderen Parteien überhaupt begriffen hatten, welche Bedeutung diese Furche bekommen würde. Er konnte so sein „Ick bin allhier!“ rufen, als das Rennen gerade begann. In dem Augenblick aber, wo über die Artikulation dieser Frage hinaus ihre erfolgreiche Repräsentanz gefragt ist, wo die Verbindung von prägnanter Vertretung sozialer Gerechtigkeit und pragmatischen Konzepten gefordert ist, wird auch der Igel sich in Bewegung setzen müssen. Erst dann wird sich herausstellen, wie gut er wirklich laufen kann.

2. Die parteipolitische Identität der PDS

Jede Organisation und damit auch jede Partei muss eine Doppelaufgabe leisten – sie muss nach außen handlungsfähig und nach innen integrationsfähig sein. Erstens: Will eine Organisation mehr als bloßer Selbstzweck ihrer Mitglieder sein, dann muss sie gegenüber ihrer Außenwelt handlungsfähig sein und in einer Umwelt, die sie nur begrenzt beeinflussen kann, Funktionen ausüben, die sie sich zumeist nur sehr eingeschränkt selbst aussuchen kann.

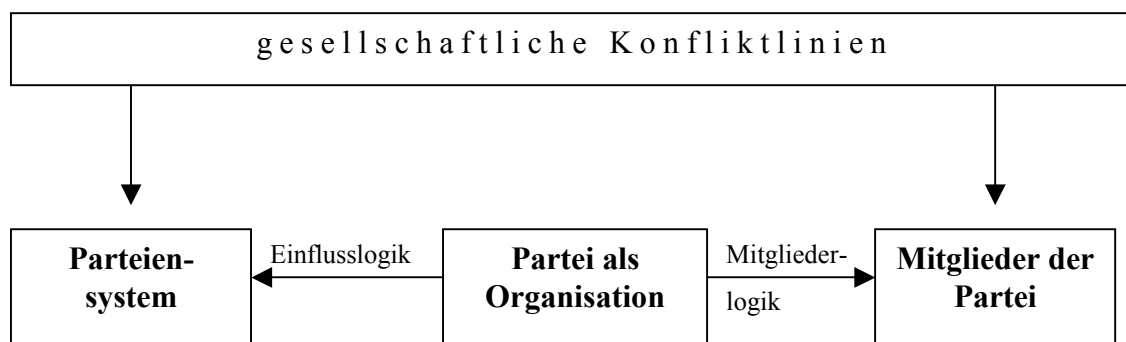
¹¹ Im Oktober 1999 stellte *Infratest dimap* fest: „Die PDS hat in den alten und neuen Bundesländern zusammengenommen ein Potential von 11 Prozent der Wahlberechtigten. Im Westen liegt ihr Potential bei 7 Prozent, im Osten bei 28 Prozent. Gegenüber 1994 hat sich damit das PDS-Potential im Osten um 5 Prozentpunkte vergrößert... Das PDS-Potential in Ost und West ist in Teilen strukturgleich: es umfasst überdurchschnittlich häufig Personen mit höherer Schulbildung, Angestellte und Beamte sowie Arbeitslose.“ (Infratest dimap 1999: 9)

Dies ist die entscheidende Voraussetzung ihres Erhalts als gesellschaftlich bedeutsamer Akteur. Sie muss Einfluss ausüben können oder sie verschwindet in der Bedeutungslosigkeit. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet dies für eine Partei u. a. die Fähigkeit, Interessen zu artikulieren und wirksam zu repräsentieren, Öffentlichkeiten zu verändern, Wähler dazu zu bringen, diese Partei zu wählen, parlamentarische und außerparlamentarische Prozesse zu gestalten. Aufgaben, die sich aus der Wahrnehmung dieser Aufgabe ergeben, sind der *Einflusslogik* unterworfen.

Zweitens: Parteien sind wie andere Organisationen auch kollektive Akteure. Sie sind nur dann nach außen handlungsfähig, wenn sie in der Lage sind, ihre Mitglieder zu integrieren. Dazu stehen ihr die Mittel des Zwangs nicht und die der materiellen Belohnung (durch bezahlte Tätigkeiten) nur sehr begrenzt (und nur für einen Teil der Aktivistinnen und Aktivisten) zur Verfügung. Sie ist primär auf ideelle Motive angewiesen. Parteien müssen ihren Mitgliedern und Aktivisten die Möglichkeit geben, Vorstellungen über die Gestaltung von Gesellschaft und die Beeinflussung politischer Macht durch politisches Handeln in der Partei und vermittelt der Partei nach außen zur Geltung zu bringen. Wird dies ignoriert, dann zerfällt die Partei. Die Mitglieder und Aktivisten stellen ihr Handeln innerhalb der Partei ein oder verlassen sie ganz. Um dies zu verhindern, muss eine Partei deshalb Aufgaben wahrnehmen, die sich aus der *Mitgliederlogik* der jeweiligen Partei ergeben.

Einflusslogik und Mitgliederlogik einer Partei sind keinesfalls deckungsgleich. Insbesondere bei Parteien wie der PDS, die ihren Ursprung nicht im gegebenen System selbst haben, die sich durch Fixierung auf Systemopposition (und sei es in Verbindung mit Systemgestaltung) der völligen Unterwerfung der Partei unter die Zwänge der Einflusslogik widersetzen muss, um erfolgreich und glaubwürdig in solcher Opposition zu bleiben, können Einflusslogik und Mitgliederlogik in einem starken Spannungsfeld zueinander stehen und sogar in gegensätzliche Richtungen drängen (Grafik 4).

Grafik 4: Das Verhältnis von Einflusslogik und Mitgliederlogik



Die bisherige Analyse suchte zu zeigen, dass es zwei gesellschaftliche Konfliktlinien in der Bundesrepublik gibt, die der PDS innerhalb des gegebenen Parteiensystems eine Verankerung geben bzw. geben können – die Konfliktlinie Ost – West und die Konfliktlinie soziale Gerechtigkeit – Marktfreiheit. Beide Konfliktlinien sind innerhalb des Parteiensystems durch die etablierten Parteien nicht hinreichend vertreten – sei es (wenn auch in abnehmendem Maße) in Folge ihres westdeutschen Ursprungs und Bindung, sei es durch die Bewegung von SPD und Grünen zur Neuen Mitte und der Verfolgung einer zugleich neoliberalen wie sozialdemokratischen Strategie.

Die genannten gesellschaftlichen Konfliktlinien und das bundesdeutsche Parteiensystem sind objektive Bedingungen, auf die sich die Strategie der PDS einzustellen hatte. Die Fähigkeit

dazu hing und hängt auch heute noch von den organisationsinternen Voraussetzungen dafür ab. Die parteipolitische Identität (insbesondere das Verhältnis von Aktivisten, Mitgliedern und Wählern sowie deren Wertorientierungen und Kompetenzen) ist nur begrenzt zu beeinflussen. Sie stellt eine eigenständige Voraussetzung für die innerparteiliche Strategiebildung und Führung dar und beeinflusst diese grundlegend. Von ihr hängt es in hohem Maße ab, ob die PDS den Handlungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten, die sich aus der Einflusslogik ergeben, gerecht werden kann.

Forderungen von außen oder innen, die PDS habe ihre Identität in dieser oder jener Richtung grundlegend zu verändern, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, um zu einer „demokratischen Partei“ zu werden, um Systemopposition zu bleiben usw. usf., ignorieren oftmals eine Verfasstheit der PDS, die nicht kurzfristig zur Disposition steht und deren Erhalt (wie aber auch deren Wandel) Bedingung ihrer Existenz ist. Umgekehrt wäre es für die PDS verhängnisvoll, auf jeden Versuch der Veränderung ihrer inneren Verfasstheit zu verzichten.

Im folgenden soll die parteipolitische Identität der PDS genauer betrachtet und ihre damit begründete Fähigkeit oder Unfähigkeit untersucht werden, die im ersten Abschnitt dargestellten gesellschaftlichen Konfliktlinien zu artikulieren und zu repräsentieren und damit ihren Einfluss zu erhalten bzw. zu verstärken. Zur Diskussion steht die Mitgliederlogik der PDS und ihr Verhältnis zur Einflusslogik im bundesdeutschen Parteiensystem.

2.1. Der Gründungskompromiss der PDS

Spätestens mit dem Beschluss der vorgezogenen Durchführung der Volkskammerwahlen vom Januar 1990 war die SED-PDS gezwungen, von einer Strategie der Eindämmung des Zerfalls einer Staatspartei zu einer Strategie des Aufbaus einer politischen Wettbewerbspartei umzuschalten. Der Versuch, diesen Übergang bei juristischer und organisatorischer Kontinuität zu vollziehen, hat ambivalente Resultate gezeitigt.

Erstens: Durch die Kontinuität gegenüber der SED wurde einerseits in einer Situation höchster Unsicherheit eine begrenzte Stabilität der Strukturen gewahrt, konnte auf personelle und finanzielle Ressourcen der Staatspartei zurückgegriffen werden.¹² Damit war die Konkurrenz mit den Westparteien erleichtert, wurden die Neugründungen des Herbstes 1989 diskriminiert.¹³ Die PDS nahm andererseits eine moralische Selbstdiskreditierung in Kauf, da sie sich in eine privilegierte Situation versetzte. Spätere Versuche der Verschiebung von Eigentum ins Ausland erhöhten diesen Schaden. Versuche der Parteienkommission zur kalten Bankrottierung der PDS im Herbst 1993 dagegen versetzten sie in eine Opferrolle. Der größte Schaden, der der PDS aus dieser Art der Transformation aus der SED zugefügt wurde, war aber der Verlust an Glaubwürdigkeit gegenüber jenen SED-Mitgliedern, die einen besonders deutlichen Bruch mit der SED verlangten und deshalb austraten. Die PDS verlor einen

¹² Der Versuch, die SED unter neuem Vorzeichen zu erhalten und gleichzeitig in eine „moderne sozialistische Partei“ zu transformieren, wurde als Ergebnis eines „von den Reformsozialisten und –sozialistinnen inszenierten Parteiputsches“ (Czichon/Marohn 1999: 284), als Ausdruck des Willens, „keine neue Partei mit einer neuen Legitimation zu schaffen“ (Neugebauer 1997: 108) oder auch als Fortsetzung des konspirativen Avantgardismus vom Standpunkt eines modernen Sozialismus (Land/Possekel 1998) gekennzeichnet. Das Handeln der Akteure unter die Bedingungen des Systemzusammenbruchs dürfte auf jeden Fall weniger gesteuert als spontan erfolgt sein. Es ist aber gerade Spontaneität, in der die impliziten Präferenzen unkontrolliert zum Durchbruch kommen.

¹³ Es wäre sicherlich korrekter gewesen, wenn der Zentrale Runde Tisch der DDR einerseits die Staatspartei SED wie auch die Blockparteien enteignet und deren Ressourcen zu jenem Teil, der für den Parteienwettbewerb von Bedeutung ist, allen Konkurrenten zur Wahl 1990 zur Verfügung gestellt hätte. Andererseits wäre das finanzielle und organisatorische Engagement der Westparteien zu verbieten gewesen. Die Volkskammerwahl vom März 1990 fand unter die Bedingungen eines mehrfach „verzerrten“ Wettbewerbs statt.

außerordentlich bedeutsamen Teil ihres internen Reformpotentials. Der überproportionale Austritt jüngerer Mitglieder ist neben den Zwängen sozialer Selbsterhaltung und beruflichen Drucks auch dadurch verursacht worden.

Zweitens: Die völlige Blockade jeder Reformen durch das Politbüro der SED und die Unfähigkeit, eine parteiinterne Opposition innerhalb des ZK der SED zu bilden, hatte unter dem Druck der eskalierenden Krise Ende November 1989 zur Auflösung der gesamten Führungsstrukturen der SED geführt. Darauf hin kam es zur Bildung eines Arbeitsausschusses für die Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages, der ein Führungsvakuum verhindern sollte. Diese vielleicht in Hast, zweifelsohne aber mit Vorbedacht erfolgte Zusammensetzung des Arbeitsausschusses (vgl. zu den Versionen seiner Entstehung und zu seiner Arbeit Hornbogen/Nakath/Stephan 1999: 19 – 23) reflektierte das Bemühen, alle Gruppen einzubinden, die für das Projekt einer Transformation ohne Neugründung in Frage kamen.

Mit der Bildung des Arbeitsausschusses war es zu einem folgenreichen Zusammengehen von vier Gruppen innerhalb der Partei gekommen, die deren Entwicklung für die nächsten zehn Jahre entscheidend prägen sollte. Durch die Integration dieser Gruppen in den Arbeitsausschuss wurde in einem Augenblick, der die Weichen für die weitere Entwicklung der PDS stellte, die interne Organisations- und Strategiebildung innerhalb der genannten Gruppen zurückgedrängt und die Energie auf die Kontrolle über die Gesamtpartei gelenkt.

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages bestand a) aus Personen, die der Gründungsgeneration der DDR angehörten, zur höheren Nomenklatura gehörten und doch in einer gewissen Distanz zum Politbüro geraten waren (stellvertretend für andere seien Klaus Höpcke und Markus Wolf genannt); b) aus Reformintellektuellen, die schon längere Zeit Positionen eines demokratischen bzw. modernen Sozialismus mit Bezug auf die Perestroika formuliert hatten (u.a. Lothar Bisky, Gregor Gysi, Dieter Klein und Brigitte Zimmermann); c) reformorientierte Pragmatiker der SED der mittleren Generation (u. a. Wolfgang Berghofer, Roland Claus, Wolfgang Pohl, Heinz Vietze, Roland Wötzel); d) Parteikommunisten und orthodoxen Sozialisten (dafür steht vor allem Ellen Brombacher).¹⁴

Schon zahlenmäßig bildeten dabei die Reformintellektuellen und Reformpragmatiker die Mehrzahl. Aus ihrem Bündnis entstand die neue Führungsgruppe innerhalb der PDS, die die weitere Entwicklung dominierte. Ihre Hegemonie war die Bedingung des Projekts des Umbaus der SED in eine sozialistische Partei in Deutschland, die in der Lage war, sich im Parteienwettbewerb zu behaupten. Ihr primäres Interesse war die Herstellung der Handlungsfähigkeit der PDS gegenüber jenen neuen Herausforderungen, die durch die anstehenden Wahlen und die schrittweise Behauptung der PDS im Parteienwettbewerb gegeben waren.

Kehrseite der Hegemonie des Bündnisses von Reformintellektuellen und Reformpragmatikern der SED/PDS war ein Gründungskompromiss mit jenen Kräften innerhalb der Partei, die die Abkehr von Grundvorstellungen („Dogmen“) des Staatssozialismus nicht vollziehen wollten bzw. konnten.¹⁵ Dadurch wurde eine Spaltung der SED/PDS in eine reformsozialistische und

¹⁴ Derartige Zuordnungen von Personen zu Positionen sind zweifelsohne immer problematisch und sollen den Grundgedanken nur illustrieren. Sie haben aber bei der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses selbst ganz offensichtlich eine Rolle gespielt und sind deshalb keine willkürliche Konstruktion post festum.

¹⁵ Der Ambivalenz dieses Gründungskompromisses war sich die neue Führung der PDS von Anfang an bewusst. So sagte Gregor Gysi auf seiner Abschlussrede des Außerordentlichen Parteitages vom Dezember 1989: „Nirgends sollte dabei übersehen werden, dass der Bruch mit den stalinistisch geprägten Denk- und Organisationsstrukturen der SED auch für jeden einzelnen Genossen ein mehr oder weniger komplizierter Lernprozess ist, der Toleranz und Geduld, aber auch Konsequenz erfordert. Wir sagen das auch im Hinblick auf die Besorgnis vieler älterer Genossen, der Veteranen der Partei, die diesen Einschnitt in ihrem politischen Leben

eine kommunistische bzw. orthodox sozialistische Partei vermieden. Gleichzeitig wurde der PDS damit die schwierige Aufgabe zuteil, diesen Binnenkonflikt so auszuhalten und so auszutragen, dass dabei die Chancen des politischen Außeneinflusses erhalten oder sogar gestärkt werden.

Der Gründungskompromiss der PDS ist bezogen auf die Einflusslogik ambivalent. Er verlangt, gegensätzlichen Anforderungen zugleich gerecht zu werden. In vereinfachter Form von Schlagwörtern mag dies so formuliert werden: (1) sich nicht von der DDR verabschieden und zugleich Ankommen in der Bundesrepublik; (2) in Systemopposition verbleiben und doch nach eigenen Zielen und aus einer unterlegenen Position das System zumindest punktuell oder sogar in breiterem Maße mitgestalten; (3) sich nicht den Zwängen des Parteienwettbewerbs zu unterwerfen und doch in ihm erfolgreich zu sein.

In zugespitzter Form zwingt der Gründungskompromiss der PDS dazu, Widersprüche linkssozialistischer Parteien überhaupt auszuhalten, verstärkt durch die soziale und kulturelle Fremdheit vieler Mitglieder der eigenen Partei in der Gesellschaft, in der sie nun leben. Diese Widersprüche haben die Binnengeschichte der PDS wie auch ihre Fähigkeit bzw. Unfähigkeit, Chancen wahrzunehmen, in den letzten zehn Jahren entscheidend geprägt. Sie werden auch in den nächsten zehn Jahren von Bedeutung sein. Versuche, den Gründungskompromiss von Seiten der Reformsozialisten wie der Kommunisten bzw. orthodoxen Sozialisten jetzt aufzugeben, sind zum Scheitern verurteilt. Gleichzeitig stehen neue Form der Austragung dieser Widersprüche auf der Tagesordnung, wenn die PDS ihren Einfluss in der Gesellschaft behalten und ausbauen will.

2.2. Mitglieder, Aktivisten, Wähler der PDS

Der Gründungskompromiss der PDS hat sich in der Struktur von Mitgliedschaft, Aktivistenschaft und Wählerschaft der PDS verfestigt. Dies ist auch der Grund, warum er nicht einfach aufgekündigt, sondern bestenfalls produktiver mit ihm umgegangen und zugleich versucht werden kann, neue Gruppen zu erschließen und dadurch die Bedeutung dieses Kompromisses zu relativieren. Im folgenden wird versucht, Klassifikationen zu entwickeln, die es erlauben, die innere Entwicklung der PDS als Resultante des Wirkens verschiedener Akteure zu erklären. Dabei stehen nur begrenzte empirische Untersuchungen zur Verfügung. Ein Teil der Klassifikationen ist deshalb willkürlich. Dies gilt besonders für den Abschnitt über die Aktivisten der PDS. Über ihre Produktivität muss der Leser urteilen. Da Klassifikationen immer auch Wertungen enthalten, ist bei der Beurteilung natürlich besondere Vorsicht geboten. Die Tatsache, dass der Autor in die Auseinandersetzungen innerhalb der PDS involviert ist, Klassifikationen also auch Selbstverortungen sind, macht diesen Hinweis besonders relevant.

Die Mitgliedschaft

Die einzige umfassende Mitgliederbefragung der PDS vom Juni 1991 hat drei größere Gruppen innerhalb der Partei ausgemacht (ISDA 1991). *Erste Gruppe*: Mit rd. 45 Prozent wurde die PDS damals durch jene Mitglieder dominiert, die in der Partei als ihrer „politischen Heimat“ verblieben waren. Es waren Mitglieder, die ihr Engagement in der SED und für die DDR prinzipiell positiv sahen und das Engagement in der PDS als Kontinuität empfanden. Diese Gruppe hatte die neue Führungsgruppe schnell akzeptiert, weil diese es vermocht hatte, diese politische Heimat erfolgreich zu verteidigen, unter den neuen Bedingungen zu erhalten und ihr Erfolg verschafft hatte. Die Bindung zur PDS war primär emotional. Solange die

besonders schmerzhaft empfinden, auf deren Verbundenheit, Erfahrungen und Einsatzbereitschaft unsere Partei aber nicht verzichten will und nicht verzichten kann.“ (Hornbogen et al. 1999: 311)

Führungsgruppe in den Augen dieser Mitglieder die Identität der PDS als ihrer politischen Heimat nicht beschädigte, waren sie bereit, sehr flexibel diese Gruppe zu unterstützen. Dies schloss keine positive Identität mit den programmatischen Vorstellungen der Reformsozialisten bzw. Reformpragmatiker ein, sondern beruhte eher auf einem instrumentellen Verhältnis zu ihnen.

Zweite Gruppe: Ungefähr 25 Prozent der Mitglieder begründeten ihre Mitgliedschaft in der PDS vor allem durch ihre antikapitalistische Einstellung und die Bedeutung der PDS als Arbeiter- bzw. Klassenpartei. Für sie war die PDS Instrument des politischen Kampfes gegen die neue herrschende Ordnung. Viele von ihnen hielten an staatssozialistischen Grundvorstellungen fest. Sie definierten sich kommunistisch oder orthodox sozialistisch.

Dritte Gruppe: Gleichfalls rd. 25 Prozent der Mitglieder verstanden sich vor allem als emanzipative Sozialisten und betonten Werte einer solidarischen Freiheit. Nicht wenige von ihnen beriefen sich auf Marxens Tradition eines freiheitlichen Sozialismus in Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus. Diese Gruppe war aktiver Träger und wichtigste Personalressource der neuen Führungsgruppe.

Eine umfassendere Analyse der Mitgliedschaft muss vor allem den Umstand berücksichtigen, dass die Mehrheit der Mitglieder (rd. 80 Prozent) der Gründungsgeneration der DDR angehören.¹⁶ Für diese Generation ist der antifaschistische Aufbruch nach 1945 generationskonstituierend gewesen. Der Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die BRD war für sie vor allem ein Kampf gegen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Jene, die bis 1989 in der SED geblieben waren, hatten die Probleme des Staatssozialismus hingenommen und an der DDR als langfristig einzig möglicher Alternative festgehalten. Sie haben ihr Leben in dieses Projekt investiert. Heute sind sie Rentner und scheiden zunehmend auch aus dem aktiven politischen und sozialen Leben außerhalb der PDS aus oder sind schon längere Zeit ausgeschieden. Für sie ist die kollektive Identität der PDS das wichtigste politische Gut. Der rapide Rückgang der Mitgliederzahlen der PDS ist mit dem Alter dieser Generation verbunden. Sie wird aber auch die nächsten zehn Jahre noch die Mehrheit der Mitglieder stellen.

Da die Mitgliedschaft der PDS, sieht man von den Neuaufnahmen ab (die teilweise Wiedereintritte früherer SED-Mitglieder waren bzw. im Westen stattfanden), qualitativ relativ konstant war, dürfte sich die Situation seit 1990 nicht grundsätzlich verändert haben. Ein Teil der Neuaufnahmen rekrutierte sich aus linken Gruppen in Westdeutschland, die die Tendenz zur Systemopposition verstärkten. Hinzu kamen jüngere Personen, die zum Teil eher reformsozialistisch oder reformpragmatisch waren oder aber eine bewegungsorientierte Fundamentalopposition zu Markt und Vertretungsdemokratie einnahmen.

Beispielhaft auch für andere westliche Bundesländer könnte eine Analyse für Rheinland-Pfalz sein. Der Landesverband hatte 1997 knapp hundert Mitglieder. Ein starker Mitgliederzuwachs war im Umfeld der Bundestagswahlen zu beobachten. Rund ein Drittel der Mitglieder waren vorher in anderen Parteien (vor allem DKP, SED und SPD sowie kleineren kommunistischen Gruppen). Weitere kommen aus dem Bereich von Ökologie, Hochschul- und Gewerkschaftspolitik. Die anderen Mitglieder sind wesentlich jünger und verfügen über wenig politische Organisationserfahrung. Wie Dietmar Beck, der die Analyse durchführte, konstatiert: „Eine große Rolle bei ihrer Entscheidung, in der PDS mitwirken zu wollen, spielten die Positionen der Partei in den Themenfeldern Antifaschismus, Flüchtlings- und Ausländerpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Thematisierung der sozialen Fragen und der Verteilungsgerechtigkeit.“ (Beck 1998: 45)

¹⁶ Die Mitglieder anderer Generationen innerhalb der SED sind überproportional ausgetreten.

Die Aktivistenschaft

Die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses in Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitagés der SED hatte drei der wichtigsten Gruppen von Aktivisten enthalten – Reformsozialisten, sozialistische Reformpragmatiker und Parteikommunisten bzw. orthodoxen Sozialisten. Eine vierte Gruppe ist hinzuzufügen, die sich teils aus jüngeren Aktivisten der PDS aber auch aus einem Teil der Mitglieder, die neu im Westen eintraten, zusammensetzt und als „basisdemokratische Fundamentalisten“ (Sturm 2000: 100) bezeichnet werden sollen.¹⁷ Diese Gruppe wird langfristig eine wichtige strategische Stellung in der PDS behaupten dürfen.

Jede dieser Gruppen verfügt über starke innerparteiliche Ressourcen. Die *Reformsozialisten* konzentrieren ein bedeutendes intellektuelles Potential, das für die programmatische Diskussion und Erneuerung der PDS von strategischer Bedeutung ist. Die Ansätze eines „modernen Sozialismus“ sind, so sei behauptet (hier ist der Autor zweifelsohne parteiisch), die wichtigste Voraussetzung, um sich langfristig strategisch gegenüber der SPD mit einem eigenen Profil zu behaupten und intellektuell anschlussfähig zu erweisen (vgl. dazu umfassend und differenziert Sturm 2000; vom Standpunkt der selbst an der Diskussion beteiligten: Land/Possekel 1995 und Land 1996).

Die sozialistischen *Reformpragmatiker* kontrollieren weitgehend die parlamentarische Tätigkeit der PDS sowie ihrer Kooperation mit etablierten außerparlamentarischen Organisationen. Sie haben Kompetenzen entwickelt, die es ihnen ermöglichen, auf kommunaler und regionaler Ebene sowie auf der von Bundesländern Politik entscheidend mitzubestimmen. Die PDS ist auch im Bundestag zunehmend *oppositionsfähig* geworden, auch wenn dies durch ihre Ausgrenzung (siehe die Rentendiskussion) nicht hinreichend zur Geltung kommen kann.

Aus dem Bündnis oder doch zumindest der wechselseitigen Tolerierung von Reformsozialisten und linken Reformpragmatikern sind die wichtigsten Initiativen der PDS zur Veränderung ihrer Strategie, ihres Programms sowie ihrer Politikangebote erwachsen. Ihre Mitglieder stellen die Mehrheit der Vorstände von Partei und Fraktionen. Ihre gemeinsame chronische Schwäche ist, dass sie sich nur auf rd. ein Viertel der Mitglieder direkt stützen können. Ihre Stärke ist vor allem in ihrer Unverzichtbarkeit für die Außenwirkung der PDS begründet.

Die *Parteikommunisten und orthodoxe Sozialisten* haben in der positiven Gestaltung der Politik der PDS bisher keine stärkere Rolle gespielt. Ihre Wirkung bestand vor allem in der Beeinflussung der programmatischen Entwicklung. Es gelang ihnen, gestützt auf ihre Veto-Macht, 1992/93 wichtige Zugeständnisse bei der Neufassung des geltenden Programms zu erreichen (vgl. dazu Sturm 2000: 107 – 116). Ihre wichtigste Ressource ist ihre Bedeutung für die Binnenintegration der PDS. Ihre Existenz und ihre Positionen sichern der Mehrheit der Mitglieder das Gefühl, über eine politische Heimat zu verfügen und in ihrer Identität geschützt zu sein.

Die *basisdemokratischen Fundamentalisten* vertreten eine Reihe von Gruppen Jugendlicher aber auch von Systemaussteigern, die sich auf das gegenwärtige System nicht einlassen wollen, auf grundsätzlicher Dissidenz beharren und damit eine wichtige moralische Position

¹⁷ 1995 war konstatiert worden: „In der letzten Zeit ist die Bedeutung *radikalalternativer, antimarktwirtschaftlicher und antiparlamentarischer, von einem antiautoritären Standpunkt aus formulierter Positionen* gewachsen... Von dieser Position aus werden das gegenwärtige Gesellschaftssystem, seine Vergesellschaftungsformen genauso wie die Machtstrukturen prinzipiell abgelehnt. Die PDS soll den Weg einer Fundamentalopposition gehen und die symbolische Politik der Verweigerung und des vornehmlich außerparlamentarischen zivilen Widerstands betreiben.“ (Brie 1995)

für sich behaupten. Teilweise kann dies als Durchgangsstadium zu anderen Auffassungen erscheinen, teilweise aber auch dauerhafte Dispositionen darstellen.¹⁸

Die folgende Tabelle versucht, Mitglieder- und Aktivistengruppen zugleich mit wesentlichen Generationen innerhalb der PDS zu verbinden. Sie soll die Disparatheit der Zusammensetzung der PDS unter einem weiteren Gesichtspunkt verdeutlichen. Jede der Generationen ist natürlich in sich differenziert und kann nicht auf die aufgeführten Positionen reduziert werden. Diese Tabelle soll vor allem eines verdeutlichen: Hinter ein- und denselben Worten (Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie usw.) stehen für die jeweiligen, die PDS tragenden Gruppen sehr unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Inhalte. Dies muss auch so sein. Wenn die PDS keine Ein-Generationen-Partei werden will, muss sie es den verschiedenen Gruppen ermöglichen, sich ausgehend von sehr verschiedenen Identitäten auf ein- und dieselbe Partei zu beziehen.

¹⁸ Michael Chrapa trifft eine etwas andere Unterscheidung innerhalb des Feldes der Nicht-Traditionalisten: „Auf der einen Seite existieren starke Gruppierungen, die als ‚*Kompetenzorientierte Modernisierer*‘ bezeichnet werden könnten. Sie sind besonders im parlamentarischen Umfeld verortet und vertreten Bestrebungen in Richtung auf erhöhte „Positionsmacht“ und größere parlamentarische Einflussmöglichkeiten. Aus ihren Reihen kommen berechtigte Forderungen vor allem in Bezug auf konzeptionellem Vorlauf für Politik-Projekte und in Hinsicht auf gesicherte Professionalität bei der Wahrnehmung politischer Verantwortung. Verkürzt gesagt, treten diese Personen vor allem für das „Funktional-Prinzip“ und für die Machtorientierung der PDS im politischen System ein.

Parallel dazu wirken vom Einfluss her schwächere Gruppen, für die als Charakteristik der Begriff ‚*Bewegungs- und wertorientierte Modernisierer*‘ gelten könnte. Gemeinsam ist diesen keineswegs homogenen Zusammenschlüssen, dass die „Wertegemeinschaft PDS“ deutlich betont und eine verstärkte zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der Partei angestrebt werden. In einem solchen Kontext verlaufen gegenwärtig Diskussionen über neue Kommunikationsstrukturen und über den Ansatz, politische Aktivität in Form „gesellschaftsoffener Projekte“ zu betreiben. Ebenfalls in der Debatte sind Überlegungen über die Notwendigkeit eines „kritisch-reflexiven Politik-Stils“. Darunter wäre ein modernes Muster von politischem Verhalten zu verstehen, in das klare Wertorientierungen, eine explizite politische Moral und charakteristische Kompetenzen bei Entscheidungs-, Lern- und Kommunikationsprozessen eingeschlossen sind. Als Markenzeichen der skizzierten Gruppe kann das Bestreben gelten, die „normale“ Funktionalität der PDS im politischen System zu sichern und zugleich ihren Charakter als „moderne Bewegung“ auszuprägen.“ (Chrapa 2000c)

Tabelle 2: Generationsgruppen und Auffassungen in der PDS

	Aufbaugeneration	Kinder der Gründer- und Aufbaugeneration	Generation im Systemkonflikt¹⁹	kommunistische und nichtkommunistische Westlinke
<i>Sozialismus</i>	eigenes gescheitertes System und fernes Ziel	im Staatssozialismus uneingelöstes Ziel und Veränderungsanspruch	Antibegriff zur Gegenwart	Revolutions- bzw. Reformziel
<i>Kapitalismus</i>	Ursache des Faschismus und Hauptfeind	erfolgreicher Konkurrent mit dem Realsozialismus und zu überwindende Gesellschaftsform	Anti-Utopie	Hauptgegner
<i>Demokratismus</i>	Vertretung von Volksinteressen durch eine Avantgarde	System formaler Regeln und sozialer Inhalt	Handeln von unten gegen das System	Gegenbegriff zu Machtstrukturen der Alt-BRD
<i>Antifaschismus</i>	Legitimation des eigenen Lebens	Symbol der Legitimation der DDR und Vorbild für Engagement	Symbol des Gegensatzes zum gegenwärtigen System	Symbol des Gegensatzes zur Alt-BRD
<i>Funktion der PDS für die Gruppe</i>	PDS als politische Heimat; Erfolg der PDS belegt Legitimation früheren Handelns	Erfolg der PDS belegt die Fähigkeit, in neuer BRD mit eigener sozialistischer Identität zu wirken	Erfolg der PDS als Anti-System-Partei	Erfolg der PDS als neuem politischen Instrument des eigenen Wirkens

Die Wählerschaft

Bis Mitte der neunziger Jahre war die PDS auch von ihrer Wählerschaft eindeutig die Nachfolgepartei der SED und erhielt Unterstützung vor allem durch das DDR-geprägte Intelligenzmilieu und ein gehobenes Angestellten- und Arbeitermilieu, dem sich eher marginal andere Teilkulturen anschlossen. Ihre Basis war die politisch-administrative Dienstklasse der DDR, die während der Wende im besonderen Maße durch (symbolische wie reale) Abwertung bedroht war (vgl. dazu ausführlich Neugebauer/Stöss 1996: 242 – 252). Ende der neunziger Jahre hat sich die Situation geändert. Die Stammwählerschaft der PDS betrug 1998 nur noch gut 50 Prozent und es ist zu einer deutlichen Pluralisierung der Wählerschaft gekommen.

Eine repräsentative Analyse der Berliner Abgeordnetenhauswahlen weist auf drei kulturelle Segmente innerhalb der Wählerschaft der PDS hin, die auch langfristig entscheidend sein dürften:

- „Nach wie vor existiert in der Wählerschaft der PDS das *DDR-geprägte Intelligenzmilieu* und das gehobene Angestellten- und Arbeitermilieu. Es besteht aus älteren Akademikern, gut qualifizierten Angestellten und Arbeitern, die zum Teil arbeitslos sind oder zu den Rentner zählen.

¹⁹ Von der jüngeren Generation der PDS-Anhänger sind aus Gründen der Anschaulichkeit nur jene erfasst, die einer basisdemokratischen Fundamentalopposition zuneigen. Ein breiter Kreis dürfte inhaltlich eher einem modernen Sozialismus bzw. Reformpragmatismus zuzuordnen sein. Um dies genauer zu bestimmen, bedarf es neuer empirischer Untersuchungen.

- Markant ist daneben ein Segment, das sich aus Teilen des *alternativen Jugendmilieus* rekrutiert. Das sind Frauen und Männer aus den jüngeren Altersgruppen, häufig noch in der Ausbildung, vor allem Studenten und Schüler, zunehmend aber auch Lehrlinge. Sie sind zum großen Teil Singles, beachtenswert ist aber auch der hohe Anteil alleinerziehender Frauen.
- Ein weiteres, gleichfalls gewichtiges Segment wird durch eine Gruppe konstituiert, die als *moderne Intellektuelle* bezeichnet werden kann. Es handelt sich um hochqualifizierte Berufstätige aus den jüngeren bis mittleren Altersgruppen in technischen Berufen oder mit kreativen oder Managementtätigkeiten, relativ häufig darunter Führungskräfte, Selbständige oder auch Angehörige freier Berufe.“ (Chrapa/Wittich 1999: 12, Hervorhebungen von mir – d. Verf.)

Mit einer solchen Wählerschaft ist die PDS in Ostdeutschland eine Volkspartei und wird gerade auch von solchen sozialen und kulturellen Gruppen unterstützt, die keinesfalls zu den materiellen Verlierern der Wandlungen zählen. Sie ist kulturell und von den Werteeinstellungen sehr differenziert bis gespalten. Entscheidend für die Wahl der PDS dürfte zunehmend ein überzeugendes soziales Engagement sowie die Fähigkeit sein, über die Artikulation sozialer Ungerechtigkeit hinaus konkrete Ziele und Handlungsstrategien zu formulieren und lokal bzw. regional auch für ihre Umsetzung zu kämpfen.

Es dürfte für die PDS in Ostdeutschland langfristig entscheidend sein, zugleich Teile des alternativen Jugendmilieus und moderne Intellektuelle wie aber sozial deutlich benachteiligte Gruppen (insbesondere auch alleinerziehende Frauen, sozial marginalisierte Gruppen) als Wähler dauerhaft zu gewinnen. Sie kann sich nicht der Forderung entziehen, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mit Modernität zu verbinden (Gysi 1999), da sie zunehmend von Gruppen getragen wird, die in dieser Modernität (wenn auch mit veränderter sozialer Orientierung) eine Chance sehen. Es steht die Frage, ob die PDS ein eigenes Konzept sozialer und ökologischer Modernisierung vorlegen kann.

In Westdeutschland setzt sich die Wählerschaft nach internen Einschätzungen zu je einem Drittel aus traditionellen linken Gruppen, zugewanderten Ostdeutschen und aus Milieus in sozialen Problemgebieten zusammen. Die Erweiterung dieser Wählerschaft ist und bleibt ein langfristiges Ziel. Schnelle Steigerungen sind nicht zu erwarten. Der Sympathie für die PDS mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit steht die Fremdheit ihr gegenüber als einer Partei, die sozial, politisch und vor allem auch kulturell im Osten verankert ist, und vor allem ihre reale Schwäche, politische und soziale Positionen nicht nur zu artikulieren, sondern auch wirksam zu repräsentieren, gegenüber.

2.3. Strategiebildung im Spannungsfeld fragmentierter Identitäten

Parteien verfügen im Unterschied zu Sekten über eine Pluralität von Identitäten. Sie setzen sich aus sehr verschiedenen Gruppen zusammen und sind auf die Unterstützung von großen Gruppen der Gesellschaft außerhalb der Partei selbst angewiesen. Dies geht über den bloßen Wahlakt hinaus. Im Unterschied zum Staatssozialismus sind die Möglichkeiten der gezielten Beeinflussung von Identitätsbildung gering. Die Mehrheit der Mitglieder (ganz zu schweigen von den Wählern) bewegen sich primär außerhalb der Partei und gewinnen dort ihre Auffassungen und Deutungen. Die Aktivisten der Partei (vor allem die Parlamentarier) sind zudem in Zusammenhänge eingespannt, die sie der „Logik“ des politischen Systems, dessen Wechselwirkung mit Wirtschaft und Kultur in besonderer Weise aussetzen. Die relative Homogenität der PDS als Nachfolgepartei der SED beginnt sich zunehmend aufzulösen. Sie gilt nur noch für einen beträchtlichen Teil der Mitgliedschaft, der sich aber zunehmend aus der aktiven politischen Arbeit zurückzieht.

Die PDS ist wie andere Parteien auch mit dem Umstand konfrontiert, dass sie sich die Gruppen, auf deren Unterstützung sie angewiesen ist, nicht willkürlich aussuchen kann. Sie ist auf eine hohe Pluralität geradezu angewiesen. Politischer Kampf mit dem Ziel der Ausgrenzung kann immer nur gegenüber kleinen Minderheiten sinnvoll und erfolgreich sein. Zugleich ist er notwendig, um gegebenenfalls auch durch Ausgrenzung den Mindestkonsens immer wieder praktisch zu definieren.

Die im vorhergehenden Abschnitt skizzierte Pluralität der PDS ist Grundvoraussetzung ihres politischen Überlebens und ihrer Handlungsfähigkeit. Wichtige Veränderungen werden sich durch den Rückgang der Mitgliederzahlen und den Verlust jener Mitgliedergruppe ergeben, die zur Gründergeneration der DDR gehören. Auch die Stammwählerschaft aus der Dienstklasse der DDR wird stark sinken. Der Kreis von Aktivisten, die ihre berufliche Karriere mit der PDS verbunden haben, hat sich stabilisiert und wird sich nur schrittweise ausdehnen können. Die positive Integration von Teilen des alternativen Jugendmilieus in die PDS und die verstärkte Gewinnung von Mitgliedern und Aktivisten aus dem Kreis moderner Intellektueller steht noch aus. Es besteht die akute Gefahr, dass die Verluste bei Mitgliedern und Aktivisten in den nächsten Jahren wesentlich größer sein werden als die Gewinne. Die PDS könnte damit auch in Ostdeutschland jene kritische Masse verlieren, die ihr die Verankerung in der Gesellschaft ermöglicht hat. Schon jetzt hat sie gegenüber SPD und CDU in den Verbänden und Vereinen deutlich verloren. Bis jetzt sind keine erfolversprechenden Strategien erkennbar, dieser Gefahr zu begegnen.

Die PDS kann sich zwar die Pluralität jener Akteure nicht aussuchen, durch die sie konstituiert wird, aber es ist eine Frage von Kommunikation, Willensbildung und Führung, ob diese Pluralität unproduktiv wird, ob es zu einer Fragmentierung der Partei kommt, oder ob daraus strategische Handlungsfähigkeit gewonnen wird. Von Ende 1989 bis 1994 haben die Überlebenskämpfe der PDS und ihre deutliche Positionierung gegen die gewählte Form der Vereinigung und deren Folgen die strategischen Gruppen der PDS zusammengehalten. Die Führungskoalition aus modernen Sozialisten und Reformpragmatikern konnte erfolgreich ihre Hegemonie nach innen behaupten und nach außen in überzeugende Strategien umsetzen.

Nach 1994 ist es zu einer bloßen Koexistenz der verschiedenen Gruppen innerhalb der PDS gekommen, die ohne hinreichende Kooperation und Integration den jeweiligen Gruppeninteressen gefolgt sind. Die Erfolge auf einzelnen Gebieten (der parlamentarischen Arbeit, der Fähigkeit zur Tolerierung bzw. zur Regierungskoalition auf Länderebene, der Entwicklung neuer programmatischer Ansätze: siehe dazu Klein et. al 1999) waren nicht mehr mit der Gesamtentwicklung eines produktiven Zusammenhalts der Partei, ihrer Mitgliedschaft, der Aktivisten sowie von wichtigen Unterstützergruppen, verbunden. Es kam zu einer Verfestigung unverbundener Gruppenidentitäten, die zunehmend die Kommunikationsfähigkeit verloren. Man könnte auch von einer Entwicklung der einzelnen Teile der PDS bei Stagnation ihres Gesamtzusammenhangs sprechen.

Einer der schwerwiegendsten Gründe für diese Stagnation ist eine tiefe und auch nicht zu schließende Kluft zwischen der breiten Mitgliedschaft und den Parlamentariern der PDS in der Gesamtheit praktischer Tätigkeiten, sozialem und kulturellem Umfeld und Handlungsmöglichkeiten. Was im Parlament als heftigste Form kritischer Auseinandersetzung erscheint, wird im Kontext der Mitgliedschaft oft schon als Anpassung wahrgenommen. Die Integration in die Arbeitszusammenhänge des politischen Systems, Voraussetzung für praktische Veränderungsmöglichkeiten, steht einer sichtbaren Oppositionspolitik oftmals entgegen. Wechselseitiges Misstrauen und Unverständnis sind unter diesen Bedingungen nur schwer zu vermeiden. Um so notwendiger ist es, an einem strategischen Grundkonsens zu arbeiten, der diese Kluft überzeugend zu überbrücken vermag.

Der Münsteraner Parteitag der PDS vom April 2000 scheint deutlich zu machen, dass die Pluralität der PDS unproduktiv geworden ist. Das bloße Nebeneinander ist soweit fortgeschritten, dass die Gefahr der Selbstzerstörung akut wurde. Die Schwäche der PDS, ihre interne Pluralität zu führen, bedroht sie als Gesamtprojekt. Die Hegemonie der Koalition von Reformsozialisten und linken Reformpragmatikern in der Führung der PDS hat in eine deutliche Niederlage erlitten. Sie vermochte es nicht, deutlich zu machen, dass ihre Politik die Oppositionsfähigkeit der PDS stärkt. Die von ihnen gemachten Vorschläge wurden als bloße Anpassung an den Status quo abgelehnt. Dies ist noch keine Zusammenbruchskrise, da die Stabilität der Teilidentitäten der PDS außerordentlich groß ist.²⁰ Trotzdem kann ein solcher Zustand in einen längeren Degenerationsprozess übergehen. Dieser würde dann krisenhaft verschärft werden, wenn die Erfolge bei Wahlen ausbleiben.

Die PDS ist gegenwärtig davon bedroht, dass ihre offenbar gewordene Unfähigkeit, die Mitgliederlogik produktiv zu gestalten, es ihr erschwert oder auch unmöglich machen kann, erfolgreich den neuen Herausforderungen und Chancen der Vergrößerung ihres Außeneinflusses zu begegnen. Letztlich aber entscheidet über das Schicksal einer Partei eben doch die Fähigkeit oder Unfähigkeit, gesellschaftliche Konfliktlinien wirksam zu artikulieren und im politischen System zu repräsentieren. Bezogen auf diese Aufgabe muss die PDS mit ihrer inneren Pluralität immer wieder neu umgehen. Eine konfliktfreie unproduktive Koexistenz oder ein Kalter bzw. Heißer Krieg der verschiedenen Trägergruppen ist gleichermaßen zerstörerisch.²¹

Im folgenden sollen einige Zusammenhänge zwischen diesen Gruppen in aller Kürze näher betrachtet werden. Dies betrifft vor allem das Verhältnis von Führung und Mitgliedschaft und das Verhältnis zu den Wählern der PDS. Auch perspektivisch gibt es keine Alternative zu einem Bündnis zwischen Reformsozialistischen und Reformpragmatikern. Dieses Bündnis ist für den Einfluss der PDS in der Gesellschaft letztlich entscheidend. Der Einfluss der PDS durch entsprechende Wahlergebnisse und die Verankerung der Partei in der Gesellschaft ist daran gebunden, Politik ausgehend von den Gegebenheiten zu betreiben und machbare Alternativen vorzulegen. Die PDS wird nur dann bestehen, wenn sie heute und jetzt etwas „für die kleinen Leute“ rausholt und den Wert sozialer Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts wirksam vertritt. Die übergroße Mehrheit der Wähler der PDS unterstützen sie, weil sie aus einer deutlichen Opposition heraus pragmatische Politik betreibt.

Das Bündnis von Reformsozialisten und Reformpragmatikern kann seine hegemoniale Position nur dann behaupten, wenn es die Bindung von Wählern nicht dadurch „erkauft“, indem sie gleichzeitig für die Mehrheit der Mitglieder die PDS als politische Heimat in Frage stellt. Wahrerfolge müssen erzielt werden, ohne dabei von der Systemopposition abzurücken. Systemopposition ist auch perspektivisch entscheidend für das Selbstverständnis der PDS. Sie bindet die Mehrheit der Mitglieder und gibt wichtigen Aktivistengruppen die Chance zur positiven Identifikation mit der PDS. Unter diesen, aber auch nur unter diesen Bedingungen

²⁰ Es scheint sogar so zu sein, dass diese Stabilität in wohl trügerischer Weise dazu verführt, die Reformsozialisten in der PDS als entbehrlich anzusehen. Der Rücktritt von L. Bisky und G. Gysi aus Führungsfunktionen erscheint dann als überfällig bzw. doch als eine Tatsache, die keine dauerhaften negativen Folgen nach sich ziehen würde.

²¹ Neugebauer und Stöss stellen bezogen auf den inneren Zustand der PDS 1999 fest: „Die innere Heterogenität (der PDS – M. B.) stellt sich angesichts der antagonistischen Politikkonzepte nicht als das dar, was als ‚lose verkoppelte Anarchie‘ (Peter Losche) bezeichnet wird, denn diese verfügt über einen Konsens hinsichtlich des ‚Unternehmensziels‘. Ebenso wenig entspricht dieser Zustand der üblichen – und notwendigen – innerparteilichen Opposition. Eine innerparteiliche Opposition mit einem eigenen Konzept für Gesellschaft und Politik, das dem von der Parteimehrheit formulierten nicht entspricht, belastet die Kohäsionspolitik der Parteiführung und lähmt die Aktionsfähigkeit einer Partei auch in bündnispolitischen Fragen.“ (Neugebauer/Stöss 1999: 136 f.)

wird die Hegemonie reformsozialistischer und reformpragmatischer Positionen hingenommen oder sogar aktiv unterstützt.

Die parteipolitischen Gegner eines reformsozialistischen Kurses können stabil auf rd. ein Viertel bis ein Drittel der Mitglieder bauen und ihre Basis dann ausbauen, wenn sie glaubwürdig machen können, dass die Führungsgruppe die politische Heimat PDS beschädigt und letztlich verrät bzw. erfolglos ist. Dies wäre bei einer Abkehr von einer Systemopposition oder gravierenden Wahniederlagen gegeben. Die Schwäche der kommunistischen Position besteht darin, dass sie die Mehrheit der Mitglieder bisher nicht davon zu überzeugen vermochte, dass sie eine realpolitische Alternative darstellen würde. So sehr ihre Auffassungen auch emotional zu überzeugen scheinen, so sehr wird von der Mehrheit der Parteimitglieder gleichzeitig der Bedeutungsverlust der PDS als politische Partei gefürchtet, der eintreten würden, wenn diese Positionen sich durchsetzen würden. Dies würde die PDS als politische Heimat gefährden.

Im Verhältnis von Führung der PDS und Mitgliedschaft ist eine relativ stabile Situation eingetreten, die der Führungsgruppe innerhalb der PDS wie ihren Opponenten Grenzen bei der Durchsetzung ihrer Ziele auferlegt. Erstere können ihre Hegemonie nur dann aufrecht erhalten, wenn sie dabei das Wir-Gefühl jener, die positiv mit der SED und der DDR verbunden waren, nicht verletzen, und nach außen Erfolge aufzuweisen haben, die das Selbstbewusstsein der Parteimitglieder stärken. Die Führungsgruppe kann die innerparteiliche Auseinandersetzung nicht als antikommunistischen Kampf führen, ohne die Mehrheit der Mitglieder gegen sich zu mobilisieren. Sie ist nur hegemoniefähig, wenn es ihr gelingt, ihre langfristige Strategie der Schaffung von linken Reformkoalitionen in Deutschland als wirksamste Form von Systemopposition zu entwickeln.

Die kommunistischen und orthodox sozialistischen Opponenten der bisherigen Führungsgruppe sind nicht hegemoniefähig, da ihre Durchsetzung auch nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder der PDS mit einem völligen Bedeutungsverlust der PDS verbunden wäre. Zugleich haben sie eine starke und relativ komfortable Veto-Macht, die nicht an praktische Erfolge der Arbeit nach außen gebunden ist. Ein Angriff auf sie erscheint immer als Angriff auf die Identität der Mehrheit der Mitglieder. Veränderungen der Identität der PDS und ihrer Außen- und Binnenstrategien müssen diesem Kräfteverhältnis bei Strafe des Zerfalls der PDS Rechnung tragen.

Eine Strategie der produktiven Pluralität der PDS verlangt einerseits die Beachtung von Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Die Existenz der verschiedenen genannten Gruppen erzeugt einen Korridor des Möglichen. Andererseits ist dieser Korridor durch originäre Strategien positiv auszufüllen. Bei der gegenwärtigen Verfasstheit der PDS muss Systemopposition konstituierend bleiben²² und zugleich mit praktischer Gestaltung auf kommunaler und regionaler Ebene sowie realistischer Kooperation mit gesellschaftlich relevanten Kräften verbunden sein. Dies verlangt die produktive Verbindung von zwei unterschiedlichen Grundorientierungen der PDS – zugleich Systemopposition und alternative Reformkraft zu sein. Diese Verbindung ist die konstituierende Voraussetzung für das Bündnis zwischen Reformsozialisten und Reformpragmatikern, ihrer Hegemonie in der PDS und zugleich Bedingung für die Gewinnung der relevanten Wählergruppen. Eine sog. „Sozialdemokratisierung“ der PDS ist bei Strafe ihres Untergangs weder sinnvoll noch möglich.

Entwicklung des Doppelcharakters der PDS als Systemopposition und linkssozialistische Reformpartei, deutliches Beharren auf der sozialistischen Identität bei gleichzeitigem

²² Vgl. dazu positiv im Abschnitt 2.4.

Bekenntnis zu zivilisatorischen Errungenschaften und Reformpotentialen der bundesdeutschen Gesellschaft, die Verbindung von Kapitalismuskritik und Entwicklung von Strategien sozialer Gerechtigkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen, kulturelle und politische Offenheit gegenüber den Möglichkeiten der gegenwärtigen Umbrüche bei harter Kritik der neoliberalen Strategien, die Verbindung von parlamentarischer Arbeit und Wirken der PDS in enger Verbindung mit außerparlamentarischen sozialen Bewegungen, der Doppelcharakter von Partei und Ansatzpunkt als eigener soziokultureller Bewegung mit deutlichem Alternativcharakter sind verschiedene Fassetten einer Politik, die den inneren Zusammenhalt der PDS sichern und wichtige soziale Gruppen ansprechen kann. Der damit verbundene Balanceakt ist Grundvoraussetzung ihres zukünftigen Bestehens.

2.4. Ideologische Identität: Demokratischer Sozialismus – Wertesystem und alternative Ordnungsvorstellung

Eine der wichtigsten Fragen, die über die Einschätzung der Zukunftsfähigkeit der PDS entscheidet, ist, ob sie es vermag, den Doppelcharakter von Systemopposition und linkssozialistischer Reformpartei produktiv auszufüllen. In die Sprache (nicht ganz) vergangener Auseinandersetzungen übersetzt, stellt sich das parteistrategische Problem, ob es einen dritten parteipolitischen Weg zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Partei in Deutschland geben kann.

Als SED-Nachfolgeorganisation hat die PDS 1990 mit einem „Überangebot“ an programmatischer Orientierungen reagiert. Zum einen wurde das gesamte linke Erbe von Bernstein bis Lenin, von Hilferding bis Gramsci als Bezugspunkt eigener Identität reklamiert. Im Schnellverfahren wurden neue westeuropäische programmatische Diskussionen der Sozialdemokratie und der Grünen aufgenommen und der feministische Diskurs zumindest verbal integriert. Zum anderen wurde auf fast alle nur denkbaren gesellschaftlichen Konfliktlinien Bezug genommen, soweit sie überhaupt „links“ kodiert werden können. Dabei war es zunächst auch gleichgültig, ob diese durch andere Parteien schon repräsentiert sind und/oder ob dies mit der Mitgliederlogik der eigenen Partei vereinbar sei.

Die PDS hat damit – nicht zuletzt durch Aufgreifen einer Vielzahl von Positionen der SED-internen Reformgruppen, der DDR-Opposition, der westdeutschen SPD und der Grünen explorativ auf sehr unterschiedliche gesellschaftliche Konfliktlinien und auf eine Pluralität der eigenen Identität gesetzt. Sie versuchte nicht zufällig, sich bei den Wahlen zum Bundestag im Dezember 1990 als „bunte Truppe“ darzustellen. Das einzige wirksame Selektionskriterium war eine dezidiert linke Radikalität der Forderungen.

Diese Strategie einer Verbindung von linker Radikalität und „Buntheit“ entsprach einerseits der Mitgliederlogik, dem Selbstverständnis jener, die die PDS nicht verließen bzw. sich anderen Parteien zuwandten (besonders spektakulär Berghofers Übertritt zur SPD). Dabei wurde zugleich das linke Traditionsverständnis der SED aktiviert. Andererseits wurden Angebote für andere Personengruppen gemacht, sich mit ihrer eigenen Identität (geprägt in der DDR oder der BRD) der PDS anzuschließen. Verkörpert insbesondere durch Gregor Gysi, einer Reihe anderer ost- wie westdeutscher Vertreter der „bunten Truppe“ aber auch durch symbolische Politik im Wahlkampf (Woderich 1995) wurde versucht, in der Öffentlichkeit eine Identität zu präsentieren, die durch die innere Verfasstheit der Partei selbst auch nicht annähernd gedeckt war.

Unterhalb dieser Ebene einer gewissen Beliebigkeit hatte sich der Außerordentliche Parteitag unter der Hegemonie der Reformsozialisten der Partei auf einen neuen Grundkonsens verständigt, der den Bruch mit der SED dauerhaft und unwiderruflich machen sollte. Dazu

gehörte einerseits die Ablehnung des Staatssozialismus als „stalinistisches Regime“²³ und andererseits die Konzipierung eines „dritten Weges“ des demokratischen Sozialismus.²⁴ Die Versuche der Ausfüllung dieses Weder-Noch haben die programmatische Entwicklung der PDS (soweit sie nicht durch Abwehrkämpfe gegenüber der Rücknahme dieses Grundkonsenses geprägt waren) weitgehend bestimmt.

Der demokratische Sozialismus muss nicht ideologisch erfunden werden. Er ist eine Tatsache des Massenbewusstseins. Der politischen und sozialen Ordnung, die von vielen als ungerecht und sozial unverantwortlich angesehen wird, wird durch breite Kreise der Bevölkerung mit dem demokratischen Sozialismus eine die Idealvorstellung einer überlegenen Ordnung gegenübergestellt. Diese Idee verkörpert eigenständige demokratische Vorstellungen über Struktur und Zielen von Politik. Das immer wieder konstatierte Misstrauen in die Institutionen der Bundesrepublik, ihre politischen und wirtschaftlichen Institutionen resultiert vor allem auch daraus, dass die gegenwärtige Gesellschaft an ganz klaren eigenständigen Maßstäben des demokratischen Sozialismus gemessen wird. Dies gilt im gesteigerten Maße für Ostdeutschland.²⁵

Auf der Basis umfangreicher empirischer Untersuchungen konnte Dieter Fuchs bei breiten Schichten der Bevölkerung (insbesondere in Ostdeutschland) ein Modell von Demokratie identifizieren, das er im Unterschied zum Modell liberaler, libertärer bzw. republikanischer Demokratie als demokratischer Sozialismus bezeichnet. In diesem Modell werden (1) liberale Grundrechte mit sozialen Grundrechten, (2) repräsentative Willensbildung mit direkter Bürgerbeteiligung und Repräsentation benachteiligter Gruppen, (3) Ausgleich von Individualinteressen mit gerechter Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, (4) Rechtsstaat mit Sozialstaat und starker institutioneller Sicherung von Gleichheit, (5) Privateigentum mit öffentlichem Eigentum und Betonung der sozialen Verpflichtung von Eigentum verbunden (Fuchs 1996)²⁶.

Andere Untersuchungen weisen nach, dass es zu einem grundlegenden Dissens zwischen Bevölkerung und wirtschaftlichen sowie politischen Eliten gekommen ist. Der Rückhalt der

²³ Michael Schumann führte auf dem Außerordentlichen Parteitag über die Entwicklung in Sowjetrußland aus: „Es entwickelte sich ein bürokratisch-zentralistisches Regime, vor dem Lenin oft gewarnt hat, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Immer mehr wurden die humanistischen und demokratischen Werte des Sozialismus ins Gegenteil verkehrt. Wir bezeichnen dieses Regime als stalinistisch.“ (Hornbogen et al. 1999: 184)

²⁴ Zur neuen Programmatik der SED/PDS betonte Dieter Klein auf dem Außerordentlichen Parteitag: „Wir wollen weder die reformistische Anpassung im Kapitalismus, noch das einfache Zerschlagen von modernen Wirtschaftssystemen und parlamentarischer Demokratie und Öffentlichkeit. Wir kämpfen um einen Weg, der uns über den Kapitalismus hinaus- und nicht in den administrativen Sozialismus zurückführt.“ (Hornbogen et al. 1999: 228)

²⁵ „Da diese Realität (im vereinten Deutschland – M. B.) zudem gerade auf der ökonomischen Dimension nach wie vor ein großes Ost-West-Gefälle aufweist und auf der sozialstaatlichen Dimension nicht nur Verbesserungen, sondern auch offensichtlich Verschlechterungen selbst im Vergleich zum ehemals real existierenden Sozialismus bestehen, können diese Diskrepanzen quasi ‚dreifach‘ wirksam werden: als ideologischer Kontrast zwischen Aspekten der beiden Ordnungsideen und als teilweise reell, teilweise nostalgisch geprägter Kontrast zwischen den beiden Ordnungsrealitäten sowie kulminierend als Kontrast zwischen der Ordnungsidee des demokratischen Sozialismus und der demokratischen Realität im vereinten Deutschland.“ (Westle 1994: 593)

²⁶ „Nach dem *Modell des demokratischen Sozialismus* ist die Institutionalisierung und Realisierung von Gerechtigkeit die oberste Maxime staatlicher Organisation und staatlichen Handelns. Gerechtigkeit wird dabei unter Bezugnahme auf einen starken ... Gleichheitsbegriff interpretiert, der im Zweifelsfalle der individuellen Freiheit übergeordnet wird. Praktisch drückt sich diese Gerechtigkeitsmaxime in der Implementation sozialer Grundrechte in der Verfassung und in der Einrichtung eines ausgeprägten Wohlfahrtsstaates aus.“ (Fuchs 1996: 11)

Eliten bei der Bevölkerung im Sinne der faktisch unkontrollierten Delegation von Macht durch Wahlen ist geschwunden. Zugleich hat das elitäre Projekt der Verschlankung des Staates (der Abkehr vom sozial verantwortlichen Staat) bisher keine Mehrheit. Die linken Eliten würden in ihrer Aufgabe versagen, das Thema der partizipativen Demokratie offensiv aufzugreifen (Welzel 1998). Nicht Ablehnung des Staates oder des Marktes, sondern die Forderung, sie in die soziale Verantwortung zu nehmen, prägen den populären (nicht doktrinär ideologischen) demokratischen Sozialismus breiter Schichten der Bevölkerung.

Es gibt in der Bevölkerung also alternative gesellschaftliche Grundmuster eines demokratischen Sozialismus, der eine tiefe Opposition zur Grundtendenz der Unterordnung von Staat, Gesellschaft und Individuen unter eine globalisierte Kapitalverwertung ausdrückt. Wenn die PDS diese Grundmuster als Bezugspunkt ihrer eigenen Systemopposition aufgreift und nicht in das sektiererische Dogma der Beseitigung von Markt und politischer Demokratie zurückfällt, dann ist damit auch die Möglichkeit gegeben, eine derart gemäßigte und historisch belehrte Systemopposition, die auf eine *andere* Gestaltung von Märkten, Staat, Demokratie und Öffentlichkeit zielt, produktiv mit linkssozialistischen Reformvorstellungen zu verbinden. Bisher ist es nicht hinreichend gelungen, dieses Bild einer überzeugenden Verbindung von Systemkritik und Reformalternative strategisch zu konzipieren, in der Partei durchzusetzen und öffentlich zu vermitteln. Immer noch erscheinen vielen Mitgliedern die Forderung nach einer *andere*, einer sozialen und ökologischen Gestaltung von Märkten, einer neuartigen Verbindung von öffentlichem und privatem Eigentum und einer Demokratisierung der Demokratie eher als Anpassung an, denn als wirksamste Form des Kampfes gegen den Kapitalismus.

Eine Programmatik des demokratischen Sozialismus ist also keinesfalls nur das Wunschbild einer kleinen intellektuellen Gruppe, sondern tief in der Bevölkerung verankert. Alternative Vorstellungen werden positiv mit dem Begriff des Sozialismus verbunden. Stabil sind zwei Drittel bis drei Viertel der Ostdeutschen und ein Drittel der Westdeutschen der Meinung, dass der Sozialismus eine gute Idee sei, die schlecht verwirklicht wurde. Soziale und persönliche Sicherheit sowie Gerechtigkeit sind die dominierenden Zielvorstellungen breiter Kreise der Bevölkerung.

Wichtige Forderungen der PDS wie die Einführung einer sozialen Grundsicherung werden von fast neunzig Prozent der Ost- und fast achtzig Prozent der Westdeutschen unerstützt. Auch die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und die Möglichkeit von Volksentscheiden trifft auf große Zustimmung. Vier Fünftel der Befragten halten grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen für notwendig. Systemkritik ist keine isolierte Position der PDS, sondern tief verwurzelt. Dies zeigt, dass die Differenz zum gegenwärtigen Typus von Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie beträchtlich ist und Veränderungen durchaus auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung (nicht aber in den Herrschaftseliten) stoßen würden.

Der demokratische Sozialismus findet nicht nur bei jenen Rückhalt, die damit vor allem die traditionelle Erwartung an einen starken vorsorgenden Staat verknüpfen. Er wird zugleich auch von Gruppen aus dem alternativen Jugendmilieu und modernen Intellektuellen unterstützt, die in der Dynamik von Individualisierung, Wettbewerb, Kommunikation große Chancen sehen, ihr Leben aber weder der Kapitalverwertung unterordnen noch in einer entsolidarisierten Gesellschaft leben wollen. Positionen eines modernen Sozialismus, der die Freiheit der/der einzelnen und Selbstbestimmung betont und mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit zu vereinen sucht, sind gerade auch in jenen Gruppen, die als Potentiale der PDS angesehen werden können, stark vertreten.

Die PDS kann sich in der Entwicklung einer eigenen „ideologischen Identität“ positiv auf stabile Deutungsmuster beträchtlicher Gruppen in der Bevölkerung beziehen. Sie wird sich

dabei Einstellungen neuer Wählergruppen öffnen müssen und sie mit eher traditionellen Mustern zu verbinden haben. Verstärkte soziale Sicherheit und darauf gegründete Erhöhung individueller Freiheit und Eigenverantwortung, erhöhte Rolle des Staates bei der Sicherung von Ausbildung, Gesundheit, sozialer Betreuung und damit verbundene Demokratisierung und Möglichkeiten der Selbstorganisation auf diesen Gebieten, Ausbau frei und öffentlich zugänglicher Dienstleistungen einer Informationsgesellschaft und darauf gegründete wachsende Partizipationsmöglichkeiten jedes einzelnen, regulierte Verringerung der Lebensarbeitszeit bei wachsenden Chancen für Eigenarbeit und Gemeinschaftsarbeit könnten einige der Eckpunkte einer solchen Strategie sein. Sie zielt auf einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die soziale Integration der Gesellschaft unter den neuen Bedingungen sichert und Freiheitsmöglichkeiten der Individuen erhöht, anstelle sie und die Gesellschaft völlig der Kapitalverwertung unterzuordnen.²⁷

3. Zusammenfassende Überlegungen: Der perspektivische Platz der PDS im bundesdeutschen Parteiensystem²⁸

Die PDS kann sich als Partei auf die wichtigen gesellschaftlichen Konfliktlinien Ost-West und Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit beziehen, die durch andere Parteien nicht hinreichend repräsentiert werden. Sie dürfte über ein Zeitfenster von weiteren zehn Jahren verfügen, um als Partei sozialer Gerechtigkeit relevante Wählerkreise in den alten Bundesländern zu gewinnen und sich in den neuen Bundesländern dauerhaft als eine der drei großen Parteien zu stabilisieren. Die ihr eigene Pluralität ihrer Mitglieder, Aktivisten und Wähler ermöglicht es ihr prinzipiell, den Doppelcharakter von Systemopposition und linkssozialistischer Reformpolitik auszuprägen.

Besondere Schwächen der PDS sind dabei eine Mitgliedschaft, die zunehmend überaltert und fast völlig auf die neuen Bundesländer konzentriert ist und die nur marginale Verankerung in den alten Bundesländern. Als besondere Problem für eine produktive Profilierung der PDS erweist sich, dass bisher eine durch die wichtigsten Trägerschichten akzeptierte Ideologie

²⁷ Überlegungen einer solchen Strategie wurden durch die PDS vor allem in dem Buch „Reformalternativen“, den Thesen der Programmkommission und in Gregor Gysis „Ingolstädter Manifest“ von 1992 und in seinen Thesen „Gerechtigkeit ist modern!“ vorgelegt. Eine umfassende Analyse der programmatische Entwicklung der PDS findet sich in Sturm (2000). In den Thesen von Gregor Gysi wird die Substanz einer Alternative mit den folgenden Worten umrissen: „Soziale Gerechtigkeit ist die soziale Grundbedingung für eine dauerhafte, wirklich moderne Politik. Sie darf nicht auf individuelle Fairness reduziert, die sozialen Grundlagen individueller Leistung dürfen nicht ignoriert werden. Der demokratische Sozialismus setzt deshalb auf einen neuen Gesellschaftsvertrag. Grundelemente dieses Vertrages sind

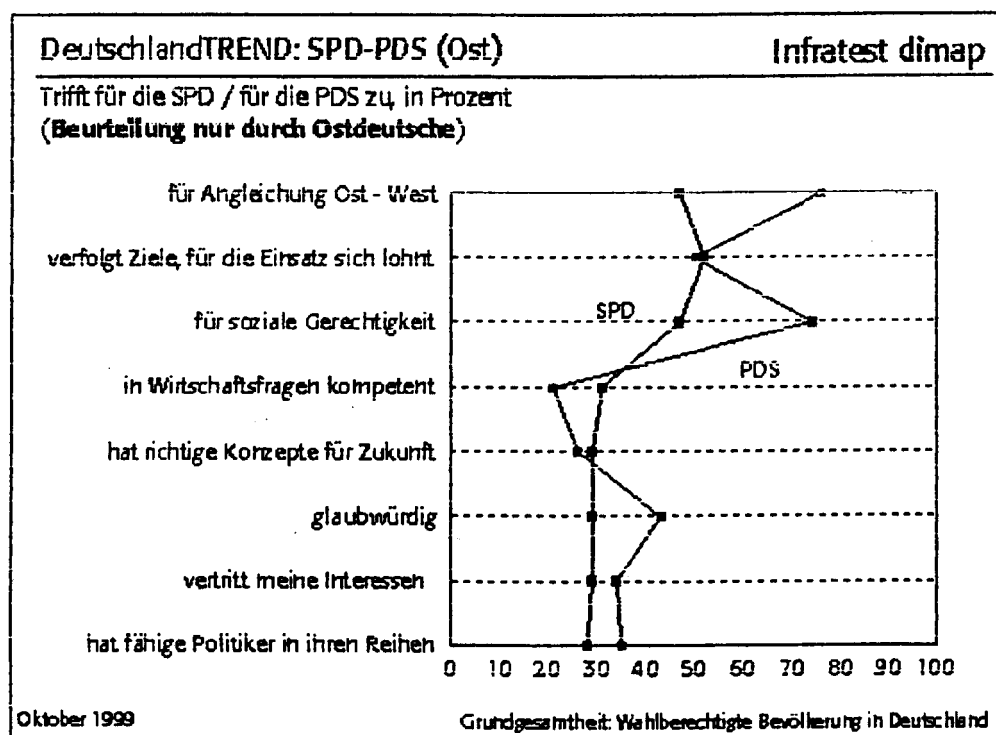
- eine Politik, die sich glaubwürdig der Aufgabe stellt, die neuen Chancen solidarisch in Chancen der freieren Entwicklung aller zu verwandeln;
- der Übergang zu einer Entwicklungsweise, die eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum durch eine neue Arbeits- und Lebensweise sichert und ökologisch nachhaltig ist;
- die Überwindung aller Hemmnisse, die der Selbstbestimmung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter entgegenstehen;
- Vollbeschäftigung durch den Aufbau neuer Felder für eine nachhaltige, ökologischen und sozialen Kriterien genügende Wirtschaftsentwicklung, Verkürzung, Flexibilisierung und inhaltliche Anreicherung der Erwerbsarbeit und ihre Verbindung mit der Möglichkeit zu freiwilliger schöpferischer Eigenarbeit;
- ein Sozialsystem, dessen Kosten solidarisch getragen werden und dessen Ziele Grundsicherung einer und eines jeden und aktive Beteiligung aller an den neuen Chancen sind;
- eine Politik der Sanierung der öffentlichen Finanzen, die zugleich den Weg für eine gerechtere Sozialordnung und neue Entwicklung öffnet.“

²⁸ Vgl. dazu auch die Überlegungen, die vom Autor vor mehr als fünf Jahren formuliert wurden (Brie 1995: 35 – 38).

eines demokratischen Sozialismus mit ihrem Spannungsfeld von (gemäßigter) Systemopposition und praktisch orientierter Reformstrategie nicht durchgesetzt ist. Relevante Kreise der Partei sehen sie immer noch als Verrat und Unterordnung unter den Neoliberalismus an. Programmatische Profilierung kann deshalb schnell zur Zerreißprobe werden, wie der Münsteraner Parteitag von Neuem zeigte. Wird diese Blockade nicht überwunden, kann es zu einer Degradation der politischen Handlungsfähigkeit kommen.

Zehn Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD ist die PDS in den neuen Bundesländern eine starke reformorientierte Regionalpartei. Sie konkurriert dabei mit SPD und CDU. Diese Situation eines Systems dreier großer Parteien ist neu in Deutschland nach dem II. Weltkrieg und widerspricht der Erwartung, dass sich solche Wettbewerbssysteme eher um zwei große Pole zentrieren, die einerseits soziale Gerechtigkeit und andererseits wirtschaftliche Leistungsfähigkeit repräsentieren.²⁹ In der für die PDS besonders günstigen und für die SPD besonders schwierigen Situation des Herbstes 1999 ist es der PDS zumindest zeitweise gelungen, in fast allen Bereichen gleiche oder höhere Kompetenzwerte als die SPD zu erlangen. Eine Ausnahme stellt die wirtschaftliche Kompetenz dar (Grafik 5). Dies kann sich bei einer weiteren Stabilisierung der Bundes-SPD wieder ändern. Trotzdem bleibt die PDS der härteste Konkurrent der SPD. Sie erhalten ihre Wahlunterstützung von sozial ähnlichen oder gleichen Bevölkerungsgruppen und die Wechselwähler schwanken vor allem zwischen diesen beiden Parteien. Für beide Parteien ist das Thema sozialer Gerechtigkeit zentral.³⁰

Grafik 5: Vergleich der Kompetenz von SPD und PDS (Oktober 1999)



²⁹ Ein besonderes Problem sind Bevölkerungskreise, die soziale, autoritäre und nationalistische Forderungen miteinander verbinden. Sie sind bisher nicht durch stabile Parteien repräsentiert, stellen aber eine größere Wählerschicht dar.

³⁰ Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, äußerte dazu: „Für mich ist das Thema von Solidarität und Gerechtigkeit ein Grundanliegen. Das finde ich immer noch bei den Sozialdemokraten am besten aufgehoben. Das Thema werde ich mir nicht nehmen lassen. Auch nicht von der PDS.“ (*Tagesspiegel*, 31.10.1999)

Die Stärke der SPD gegenüber der PDS kann in ihrer Verbindung von sozialer Kompetenz und Wirtschaftskompetenz liegen. Diese Verbindung (wenn auch in umgekehrter Reihenfolge) hat die Erringung absoluter Mehrheiten durch die CDU in Sachsen und Thüringen ermöglicht. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler würde zudem niemals die PDS (als Nachfolgepartei der SED) wählen. Die PDS kann sich ihrerseits deutlich als Gerechtigkeitspartei profilieren, hat Teile des alternativen Milieus gebunden und verfügt in den nächsten zehn Jahren über eine zwar zunehmend kleinere, aber stabile Stammwählerschaft. In ihrem Profil verbinden sich soziale, ökologische und solidarische Grundvorstellungen.

Aus dieser Grundsituation des Dreiparteiensystems in den neuen Bundesländern können vier unterschiedliche Szenarien abgeleitet werden. *Erstens* kann sich eine stabile Koalition von SPD und PDS herausbilden, die als Ganzes primär mit der CDU und nicht untereinander konkurriert. Dieses strategische Bündnis wäre keine Vereinigung der beiden Parteien (die bundespolitisch völlig unmöglich ist), würde aber die Herausbildung eines gemeinsamen Profils auf Länderebene bedeuten. Es scheint, als seien in Mecklenburg-Vorpommern Schritte in eine solche Richtung gegangen worden. *Zweitens* kann es zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen beiden Parteien kommen. Dies wird vor allem durch eine starke CDU befördert, die durch ihre Verbindung von Orientierung auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Ausgleich wichtige potentielle Wähler der SPD zu binden vermag. Der Niedergang der SPD in Sachsen und in Thüringen deutet auf eine solche Tendenz hin. Aber auch eine Verdrängung der PDS ist langfristig nicht ausgeschlossen. In diesem Fall würde in absehbarer Zeit ein Zweieinhalbparteiensystem entstehen (mit SPD bzw. PDS unter zehn Prozent). *Drittens* ist die Koexistenz dreier großer Parteien, von denen die SPD jeweils auf Zeit Koalitionen mit der CDU oder auch mit der PDS eingehen könnte, möglich. Alle drei Parteien könnten auf zwanzig bis vierzig Prozent der Wähler hoffen und würden Koalitionen vor allem von strategischen Überlegungen in Bezug auf nachfolgende Wahlen abhängig machen. Eine solche Situation zeichnet sich in Brandenburg ab. Dies weist auf ein *viertes* Szenario hin: SPD und CDU könnten ihrerseits eine stabile Gemeinschaft gegen die PDS bilden. Solche Tendenzen hat es nach 1990 gegeben. Dem widerspricht aber die dauerhafte Konkurrenz auf Bundesebene wie aber auch die Chancen der CDU, die SPD in einer solchen Situation zu dominieren und ihrer Wählerschaft zu berauben.

In den alten Bundesländern wird die PDS auch in den nächsten zehn Jahren eine marginale oder doch kleine Partei bleiben. Das durch die starke Verankerung der PDS im Osten gebildete historische Fenster für die Entstehung der PDS als lokal und regional situierter linkssozialistischer Partei im Westen ist groß genug, um einen offensichtlich langsamen und quälenden Prozess der Formierung auf lokaler und regionaler Ebene zu ermöglichen, die sich auf konkrete Interessen und ihre Vertretung konzentriert. Verbreitet ist die PDS im Westen immer noch durch sektiererische Positionen geprägt. Der reformsozialistische Flügel ist schwach. Die Möglichkeiten der Steuerung dieser Prozesse sind ausgesprochen gering. Eine Politik kleiner, aber richtiger Schritte ist dabei wichtiger als der immer wieder gewagte Versuch eines Durchbruchs. Entscheidende Rahmenbedingung dürfte die Stärkung der PDS als bundespolitischer Akteur sein.

Die Abkehr von SPD und Grünen vom Projekt einer sozial-ökologischen Reform hat zwei direkte Folgen für die Strategie der PDS: *Erstens* ist ein dauerhaftes bundesweites linkes Vakuum entstanden. Wichtige soziale Gruppen werden ausgegrenzt, die Tendenz zur sozialen Spaltung wird sich fortsetzen. Damit entsteht die Chance, dass die PDS in einem langfristigen Prozess zu einer wirklich bundesweiten Partei sozialer Gerechtigkeit wird und auch in den alten Bundesländern das vorhanden Potential für diese Positionen von bis zu zehn Prozent anzusprechen vermag. Realistisch wäre es, im Jahre 2002 1,5 Prozent der Wähler in den alten Bundesländern für die PDS zu gewinnen. *Zweitens*: Die Politik der SPD kann von der PDS

auf Bundesebene nicht mitgetragen werden, da sie kein Mitte-Links-Projekt darstellt. Und umgekehrt: Die SPD wird eher mit der FDP oder CDU/CSU eine Koalition eingehen, als die Unterstützung durch die PDS anzunehmen. Es gibt in absehbarer Zeit keine Option eine Tolerierung oder Koalition mit der SPD auf Bundesebene.

Die durch die Politik der SPD gegebene Isolation der PDS im bundespolitischen System (im Unterschied zu allen anderen Parteien erscheint sie als nicht koalitionsfähig) erhöht die Gefahr der Selbstbeschränkung. Sie könnte in eine „*splendid isolation*“ geraten. Die PDS wird dem nur widerstehen können, wenn sie sich dem spannungsvollen Verhältnis von geistiger, sozialer und politischer Öffnung einerseits und Entwicklung eines zeitgemäßen linkssozialistischen Profils stellt. Vor dem Hintergrund dessen, dass die durch Verwertungsinteressen geprägte Globalisierung und Umgestaltung der Sozialsysteme die Kapitalismuskritik verstärkt und die destruktiven Tendenzen des Kapitalismus auch in den Metropolen der Welt unmittelbar erfahrbar werden, sind die Chancen für eine solche Strategie günstiger geworden.

Die bundespolitischen Bedingungen werden sich nur dadurch verändern, dass zum einen die PDS selbst eine stärkere bundesweite Partei wird und stabil in der gesamten Bundesrepublik verankert ist und zum anderen innerhalb von SPD und Grünen neue strategische Weichenstellungen erfolgen. Beides kann nur Resultat einer längerfristigen Entwicklung sein. Das wichtigste strategisch Ziel der PDS muss ihr „Ankommen“ in der Bundesrepublik als einer kompetenten, handlungsfähigen und überzeugenden linken Oppositionspartei sein, die unter veränderten Bedingungen auch zu berechenbarer Kooperation innerhalb eines neuen Mitte-Links-Projekts werden könnte. Dazu muss sie ihre Oppositionsfähigkeit erhöhen und vor allem an Strategien wirksamer Opposition arbeiten. Eigenständige Profilierung, Öffnung und Entwicklung als verlässlicher Kooperationspartner eines langfristig zu schaffenden neuen breiten Bündnisses gehören zusammen. Über die Artikulation sozialer Missstände hinaus muss die PDS in der Lage sein, politikfähige Alternativen zu präsentieren und dafür Bündnispartner (zunächst unterhalb der Ebene von Parteien) zu gewinnen. Jeder andere Weg führt in die Sekte und zerstört das Projekt PDS.

Die Erfolge der PDS, so war im Ausgangspunkt gesagt worden, sind zugleich ihr Problem. Die Bedingungen für diese Erfolge (die Zeit nach der Vereinigung) verschwinden, das Umfeld und die PDS selbst verändern sich mit großer Geschwindigkeit. Bisher hat die PDS darauf durch Entwicklung ihre einzelnen „Teile“ geantwortet. Sie stabilisierte sich als Fraktion im Bundestag, ist zumindest in einigen ostdeutschen Ländern handlungsfähige Regionalpartei, in vielen Kommunen verankert, darunter mittlerweile auch in den alten Bundesländern. Teilweise ziehen ihre Mitglieder sich aber auch aus der Gesellschaft zurück oder behaupten sich als Sekte. Die PDS hat eine Reihe von Reformkonzeptionen erarbeitet und blockiert zugleich die Herausbildung und Durchsetzung eines neuen Organisationsziels, das über das Überleben hinaus geht – produktive Verbindung von Systemopposition und linkssozialistischer Reformpartei. Den Mut dazu und die Überzeugung in die Fähigkeit, diesen Schritt zu tun, wird die PDS sich aber abverlangen müssen, wenn sie ihre neuen Chancen wahrnehmen will. Es bleibt dabei: Die PDS kann die linkssozialistische Volkspartei in Deutschland werden. Es war und ist eine nahezu unmögliche Möglichkeit. Aber zugleich ist es ein lohnenswertes politisches Projekt.

Literatur

Abromeit, Heidrun, 1993: Die „Vertretungslücke“. Probleme im neuen deutschen Bundesstaat. *Gegenwartskunde* 42 (3), 281 – 292.

- Beck, Martin, 1998: Die PDS im Westen, untersucht am Beispiel des Landesverbandes Rheinland-Pfalz. Freie Universität Berlin.
- Borthfeldt, Heinrich, 1992: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie? Bonn: Bouvier.
- Brie, Michael, 1994: Die Ostdeutschen auf dem Wege vom „armen Bruder“ zur organisierten Minderheit? Arbeitspapiere AG TRAP der Max-Planck-Gesellschaft, 94/4.
- Brie, Michael, 1995: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. In: Brie, Michael/ Herzog, Martin/ Koch, Thomas: Die PDS. Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln: PapyRossa Verlag, S. 9 – 38.
- Brie, Michael, 1999: Die ostdeutsche Teilgesellschaft. In: Kaase, Max/ Schmid, Günther, Hrsg.: Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Ed. Sigma, S. 201 – 236.
- Chrapa, Michael/ Wittich, Dietmar, 1999: Auszug aus „Wahlstudie Berlin 1999“. In : Reader zur Konferenz „Die PDS im Parteiensystem“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Czada, R. 1995: Der Kampf um die Finanzierung der deutschen Einheit. In: Lehmbruch, G. (Hg.): Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. 19. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen, S. 73-102.
- Czichon, Eberhard/ Marohn, Heinz, 1999: Das Geschenk. Die DDR im Perestrojka-Ausverkauf. Ein Report. Köln: PapyRossa.
- Dietrich, V. et al., 1998: Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Sonderheft 1.
- Fuchs, Dieter, 1996: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Gabriel, O. W. (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 81-114.
- Gysi, Gregor, 1999: Gerechtigkeit ist modern. Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair. Herausgegeben von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg.
- Hornbogen, Lothar/ Nakath, Detlef/ Stephan, Gerd-Rüdiger, Hrsg., 1999: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Hüther, Martin, 1993: Integration der Transformation. Überlegungen zur Wirtschaftspolitik für das vereingte Deutschland. Jahrbuch für Sozialwissenschaft 44 (1), 31 – 52.
- Infratest dimap, 1999: Umfrage zur politischen Stimmung im Oktober 1999 im Auftrage von ARD / „bericht aus berlin“ und 9 Tageszeitungen.
- ISDA, 1991: Mitgliederbefragung PDS 1991. Struktur, politische Aktivitäten und Motivation. Berlin.
- Kaase, Max/ Eisen, Andreas/ Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Wollmann, Hellmut, 1996: Politisches System. Opladen: Leske + Budrich.
- Kitschelt, Herbert, 1992: The Formation of Party Systems in East Central Europe. Politics & Society 20 (1), 7 – 50.
- Klein, Dieter, et. al, 1999: Reformalternativen. sozial – ökologisch – zivil. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Kohl, Helmut, 1992: Die deutsche Einheit. Reden und Gespräche. Bergisch Gladbach: Lübbe.

- Land, Rainer, 1996: Das Rot-Grüne Projekt des „sozialökologischen Umbaus der Industriegesellschaft“ und die PDS. In: Engler, Wolfgang/ Guggenberger, Bernd, Hrsg.: Einsprüche. Kritik der politischen Tagesordnung. Berlin: Aufbau-Verlag, S. 79 – 100.
- Land, Rainer/ Possekkel, Ralf, 1995: PDS und Moderner Sozialismus. In: Brie, Michael/ Herzog, Martin/ Koch, Thomas: Die PDS. Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln: PapyRossa Verlag, S. 112 – 130.
- Land, Rainer/ Possekkel, Ralf, 1998: Fremde Welten. Die gegensätzlichen Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin: Ch. Links.
- Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein, 1967: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York.
- Moreau, Patrick, 1992: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei. Bonn: Bouvier.
- Neugebauer, Gero, 1997: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990. In: Herbst, Andreas/ Stephan, Gerd-Rüdiger/ Winkler, Jürgen, Hrsg.: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin: Dietz Verlag, S. 100 – 116.
- Neugebauer, Gero/ Stöss, Richard, 1996: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. Opladen: Leske + Budrich.
- Neugebauer, Gero/ Stöss, Richard, 1999: Nach den Bundestagswahlen 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage? In: Niedermayer, Oskar, Hg.: Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen: Leske + Budrich, S. 119 – 140.
- Stöss, Richard, Hrsg., 1986: Parteienhandbuch der Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1985. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sturm, Eva, 2000: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS. Opladen: Leske + Budrich.
- Westle, Bettina, 1994: Demokratie und Sozialismus: Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (4), S. 571 – 596.
- Wittich, Dietmar, 1999: Krieg als Zäsur? Initial 10 (4/5), S. 140 – 144.